

Holger Michael • **VOM BALTIKUM NACH KLEINASIEN**



Holger Michael

Vom Baltikum nach Mittelasien

Legenden und Tatsachen um ehemalige Sowjetrepubliken

KAI HOMILIUS VERLAG - COMPACT



BISHER ERSCHIENENE TITEL DER REIHE COMPACT:

Detlef Joseph

VOM ANGEBLICHEN ANTISEMITISMUS DER DDR

COMPACT Nr. 1, ISBN 978-3-89706-401-0, 7,50€

Gregor Schirmer

LISSABON AM ENDE?

Kritik der EU-Verträge

COMPACT Nr. 2, ISBN 978-3-89706-402-7, 7,50€

Erich Buchholz

ÜBERWACHUNGSSTAAT

Die Bundesrepublik und der „Krieg gegen den Terror“

COMPACT Nr. 3, ISBN 978-3-89706-403-4, 7,50€

Siegfried Prokop

DIE BERLINER MAUER (1961-1989)

Fakten, Hintergründe, Probleme

COMPACT Nr. 4, ISBN 978-3-89706-404-1, 7,50€

Dieter Elken

ISRAEL – EIN KOLONIALSIEDLERSTAAT

COMPACT Nr. 5, ISBN 978-3-89706-405-8, 7,50€

Erich Buchholz

TOTALLIQUIDIERUNG IN ZWEI AKTEN

Juristische Annexion der DDR

COMPACT Nr. 6, ISBN 978-3-89706-406-5, 7,50€

© Kai Homilius Verlag, Berlin 2009

Alle Rechte vorbehalten. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, dieses Werk oder Teile daraus auf fotomechanischem Wege (Fotokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen oder in Datenbanken aufzunehmen.

COMPACT – Nr. 7

Kai Homilius Verlag

www.kai-homilius-verlag.de

E-Mail: home@kai-homilius-verlag.de

Autor: Holger Michael

Druck: Printed in E.U.

ISBN: 978-3-89706-407-2



Inhaltsverzeichnis

Einleitung	7
1. Wer errichtete im Baltikum die Sowjetmacht?	19
2. Litauen 1939-1940	23
3. Litauen an der Seite der Nazis	29
4. Von Faschisten zu „Demokraten“: Die „Waldbrüder“ in Litauen	34
5. Estland an der Seite der Nazis	39
6. Ukraine: Zur Vorgeschichte der „orangenen“ Revolution	43
7. Józef Piłsudskis Vision	48
8. Sowjetisch-Mittelasien heute	51
9. Der Vater aller Turkmenen – Turkmenbaschi	56
10. Kasachstan: Vom Feudalismus über den Sozialismus zum Kapitalismus	61
11. Der Sultan aus der Steppe	84
12. Gefahr für Mittelasien	88
13. Schlüsselposition Kasachstan	91
14. Russisch oder Kasachisch?	95
15. Tag des Sieges in Kasachstan	99





Einleitung

Diese Darstellung umfasst nicht die gesamte ehemalige Sowjetunion, obwohl es in jedem Beitrag im Grunde genommen um sie geht, sondern nur einen Teil von ihr. Doch dieser Teil spielt in der heutigen Politik eine immer bedeutendere Rolle. In Europa sind die meisten Zusammenhänge um die hier behandelten Regionen unbekannt. Daher können die Medien nach Belieben manipulieren und ein Bild vermitteln, das wenig mit der Realität zu tun hat. Vor allem dient es der Propaganda gegen Russland, die inzwischen den Stand der Zeit des Kalten Krieges teilweise erheblich überschritten hat. Das alles hat den Zweck, dieses riesige Land den Bedürfnissen des europäischen und des US-Kapitals unterzuordnen.

Der Autor ist weit davon entfernt, das gegenwärtige bürgerliche Gesellschaftssystem in Russland zu verteidigen und den antikommunistischen Kurs des Kremls zu billigen. Ebenso kritisch ist die Neigung Russlands zu betrachten, den ehemaligen Sowjetrepubliken in traditionell imperialer Manier gegenüberzutreten.


Dennoch gilt auch diesem Russland, das die zaristischen Traditionen wiederbelebt und der orthodoxen Kirche Millionen Gläubige verschaffen will, wenngleich nicht Sympathie, so doch Solidarität. Hier geht es nicht um einen edlen Kampf um Demokratie und Menschenrechte, sondern um Krieg und Frieden in Europa und in der Welt.

Der Kampf Russlands um seine territoriale Einheit, Integrität, staatliche und wirtschaftliche Souveränität sowie seine Friedenspolitik verdient aufrichtige Anerkennung oder zumindest Verständnis. Alle Versuche des Westens, wie in der Zeit des Kalten Krieges über Dissidenten

und bezahlte Organisationen die innenpolitische Lage zu destabilisieren und ein prowestliches Marionettenregime zu installieren, um sich ungestört die enormen Rohstoffe Russlands anzueignen, müssen als solche benannt und bekannt gemacht werden.



Die USA lassen sich das durchaus etwas kosten. Nach russischen Angaben gibt Washington für die sogenannte Entwicklung von „Demokratisierungsprozessen“ in Zentralasien und anderen GUS-Staaten einiges aus: Kirgistan 27,5 Mio. Dollar, Tadschikistan 28,6 Mio. Dollar, Kasachstan 19 Mio. Dollar, Turkmenistan 9,5 Mio. Dollar, Usbekistan 8 Mio. Dollar, die Ukraine 86,5 Mio. Dollar, Russland 56,3 Mio. Dollar, Belorussland 10 Mio. Dollar, Moldova 17 Mio. Dollar, Georgien 67 Mio. Dollar (ohne NATO- und EU-Mittel), Armenien 28 Mio. Dollar und Aserbajdschan 28 Mio. Dollar. Die Mittel für Usbekistan und Turkmenistan sind deshalb spärlicher, da in diesen Staaten die Arbeit von „Nichtregierungsorganisationen“ (NGOs) erheblich beeinträchtigt wird.

Die Russische Föderation ist heute in einer geopolitischen Situation, die es so in der russischen Geschichte noch nicht gab. Im europäischen Teil entspricht sie eher und mit Abstrichen der Situation zu Beginn des 16. Jahrhunderts. Russland hatte innerhalb von wenigen Jahren alle seine Verbündeten und die damit in Verbindung stehenden Handelsbeziehungen verloren. Einzig Belorussland hält zu Russland. Die ehemals engsten Verbündeten Russlands betreiben eine extrem antirussische Politik, die es noch nicht einmal in der Zwischenkriegszeit gegen die UdSSR gegeben hatte. Die gleichen Leute im Westen, die noch vor wenigen Jahren Gorbatschow nicht genug loben konnten und sich in penetranter Weise russophil gaben, lassen heute ihrem Hass gegen das Russland Putins freien Lauf. Demokratie und die Einhaltung von Menschen-



rechten werden allein dem Kriterium der Willfähigkeit der Herrschenden im Kreml gegenüber den Forderungen des Westens und der USA unterworfen.

Die heutige Haltung des Westens gegenüber Russland erinnert noch nicht einmal an die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, als sich das internationale Kapital ungehindert im Lande tummeln konnte. Das Zarenreich hatte als „Gendarm Europas“ gegen nationale und soziale Befreiungsbewegungen den Respekt der europäischen Konservativen und bildete ein geachtetes Gegengewicht zum deutsch-österreichischen Militärblock. In jener Zeit wurde die territoriale Integrität Russlands trotz Rivalitäten mit Großbritannien in Zentralasien nie infrage gestellt. Selbst in der Zeit des Kalten Krieges gab es trotz Unterstützung des Westens für baltische und kaukasische Nationalisten keine offiziösen Verlautbarungen zur territorialen Zerschlagung der Sowjetunion. Zu jener Zeit konzentrierten sich die internationalen Antikommunisten auf die Loslösung einzelner sozialistischer Staaten aus den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bündnissen mit der UdSSR.




Heute wird Russland betrachtet wie bei Hitler, der die Sowjetrepubliken als „von Russland untertane Randstaaten“ bezeichnete. Damals wie heute wird offenbar vergessen, dass eben jene „Randstaaten“ integraler Bestandteil der Sowjetunion waren, eben ihr Wesen ausmachten. Jene „Randstaaten“ haben maßgeblich zur Stärke des ersten sozialistischen Staates der Welt beigetragen, der unter dem „Randstaaten“-Bewohner Josef Stalin zur Weltmacht wurde. Vom heldenhaften Kampf der „mongolischen Horden“ konnten sich die Nazis am eigenen Leibe überzeugen, als Kasachen den Faschisten mit ihren Körpern den Zugang nach Moskau verwehrten und die Sowjetpartisanen der „Randstaaten“ Belorussland, der Ukraine und

des Baltikums ihnen die Hölle heiß machten. Im Mai 1945 hatte ein Georgier gemeinsam mit einem Russen die rote Fahne auf dem Berliner Reichstag angebracht. Unter den Marschällen der Sowjetunion, die die damals modernste bürgerliche Armee schlugen, waren neben 28 Russen auch sieben Ukrainer, ein Belorusse und ein Armenier.

Die ehemaligen Unionsrepubliken von Russland getrennt zu betrachten, haben die dort agierenden oder herrschenden Nationalisten mit den westlichen Ideologen gemein. Das haben die Völker der nun unabhängigen Staaten sehr teuer bezahlen müssen. Die unterbrochenen Wirtschaftsbeziehungen – außer in Belorussland, Turkmenistan und den baltischen Staaten – ließen die Wirtschaft zusammenbrechen. Die Privatisierung der Produktionsmittel, vor 20 Jahren als das Allheilmittel gegen die sogenannte Planwirtschaft gepriesen, konnte bis heute nicht spürbar greifen und bewirkte geradezu das Gegenteil. Es sind heute die noch existierenden Staatsbetriebe, die zu den stabilsten gehören.


Der durchschnittliche Lebensstandard sank im Vergleich zur Sowjetzeit rapide ab und konnte bis heute außer in Belorussland, in Turkmenistan und im Baltikum nicht wieder erreicht werden.


Die sowjetischen Bürger lebten auch zu vor-Gorbatschow'schen Zeiten nicht im Paradies. Das hatte seine Gründe. Die UdSSR hatte ihr Land nach dem Zweiten Weltkrieg nach 13 Jahren (!) wieder aufgebaut. Diesen durch die deutsch-faschistische Aggression verursachten Rückstand konnte die Sowjetunion bis zum Ende ihrer Existenz offensichtlich nicht mehr ausgleichen. Darüber hinaus musste man bis in die 50er-Jahre hinein die entstehenden sozialistischen Staaten unterstützen und im überaus kostspieligen Rüstungswettlauf mit den USA und





der NATO gleichziehen. Die UdSSR vollbrachte hierbei eine enorme und historisch einmalige Leistung. Es gelang ihr, mit den USA trotz gleichzeitigen wirtschaftlichen Rückstands militärstrategisch mitzuhalten. Das ging auf Kosten der Entwicklung der Infrastruktur, eines Teils der Leichtindustrie und vor allem auf Kosten des Lebensstandards der Sowjetbürger. Die Sowjetmacht, die alle gegen sie geführten Kriege gewonnen hatte, war immer weniger in der Lage, den Frieden zu gewinnen.

Dennoch ging es fast jedem besser als heute. Trotz erheblichen Warendefizits hatten die meisten ihr Auskommen, verbrachten die Sowjetbürger ein behütetes Leben, hatten nach kostenloser und guter Ausbildung relativ gute und pünktlich bezahlte Arbeit und bei entsprechendem Fleiß, loyalem gesellschaftlichem Verhalten und persönlicher Eignung nahezu alle Entwicklungsmöglichkeiten. Keine sowjetische Frau war gezwungen, als Prostituierte ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Trotz erheblichen Wohnungsmangels gab es keine Obdachlosen, trotz mangelhafter moderner medizinischer Ausstattung war die Geburtenrate sehr hoch, die Kindersterblichkeit gering und die medizinische Versorgung kostenlos. Urlaube in den schönsten Gegenden der Union gehörten zur Normalität. Obwohl es auch hier Kriminalität gab, war sie doch nicht so beängstigend, dass man bei Einbruch der Dunkelheit schnell zu Hause sein wollte. Die offenen Wohnungstüren waren sprichwörtlich. Statt Kindergangs und in den Kanalisationen lebender Halbwüchsiger gab es ein System von Kinderferienlagern und gut bezahlten Möglichkeiten, sich auf den Großbaustellen zu bewähren. Obwohl Korruption nie ausgemerzt worden war, bestimmten nicht Rubel und Dollars über das Fortkommen der Kinder, sondern ihre Fähigkeiten. Heute gehört Korruption zum täglichen Leben und nahezu zum guten Ton.






Die UdSSR ist auch nicht an irgendeinem „Demokratiedefizit“ zugrunde gegangen. Obwohl Arroganz, Herzlosigkeit und Korruption von Vorgesetzten und Vertretern der Staatsmacht immer wieder Thema von Beschwerden waren, gab es doch die Kommunistische Partei und andere sowjetische Einrichtungen, mit denen man dem mehr oder weniger effektiv begegnen konnte. Heute steht der Bürger dem ohnmächtig gegenüber, seine angeblichen „demokratischen Errungenschaften“ nach der Konterrevolution sind ihm dabei keine Hilfe. Im Gegenteil. Versuche, derartige Dinge über die sogenannte freie Presse anzuprangern, können Gesundheit und Leben kosten. Das führte dazu, dass sich heute weit weniger Menschen als zur Sowjetzeit für Politik interessieren und erst recht kaum Lust verspüren, sich in „demokratische Strukturen“ einzubringen. Zu Freiheit und Demokratie ist unter den ehemaligen Sowjetbürgern vielfach zu hören, dass man sich das eine nicht aufs Brot schmieren kann und vom anderen die Wohnung nicht warm wird.



Heute, 20 Jahre nach dem schleichenden Sturz der Sowjetmacht und einer ungehemmten Verteufelung der Sowjetunion, bezeichnet die überwiegende Mehrzahl der Russen Stalin als den größten Staatsmann ihrer Geschichte. Deutlicher kann eine Absage an die bürgerliche Demokratie kaum artikuliert werden.

Ebenso ist die Sowjetunion nicht an den „ungelösten Nationalitätenproblemen“ zugrunde gegangen. Es war klar, dass in einem Land mit über 100 Nationalitäten und Volksgruppen keine Ideallösung zu erwarten war. Jahrhundertalte Vorurteile und Stereotypen lassen sich nicht in wenigen Jahren ausmerzen. Auch die Arroganz der Großrussen, die schon Lenin heftig kritisierte, war langlebig.

Angesichts der gewaltigen Aufbauleistungen und der permanenten Bedrohung durch äußere und innere Kon-



terrevolution konnte sich die UdSSR auch grundsätzlich keine Nationalitätenkonflikte leisten. Die sowjetischen Kommunisten gingen davon aus, dass die gemeinsame und gleichberechtigte Arbeit an der neuen Gesellschaftsordnung die unterschiedlichen Nationalitäten und Völkernschaften zusammenschweißen würde. Die Entwicklung gab ihnen recht. Anders wären die Aufbauleistungen und vor allem der Sieg über den deutschen und japanischen Faschismus nicht möglich gewesen.


Diejenigen westlichen Staaten, die heute am meisten die angebliche verfehlte sowjetische Nationalitätenpolitik beklagen, haben hierzu nicht das geringste moralische Recht. Das Verhalten der USA gegenüber den indianischen Ureinwohnern und gegenüber ihren farbigen Bürgern ist weltbekannt. Die Deutschen diskriminierten ihre polnischen, französischen, belgischen, dänischen und sorbischen Mitbürger. Die von Deutsch-Österreichern und Ungarn geführte Donaumonarchie brach an den Problemen zusammen, die ihnen ihre 14 Nationalitäten bereitet hatten. Nach dem Ersten Weltkrieg hatten alle osteuropäischen Länder, ebenso wie Italien, erhebliche Probleme mit ihren nationalen Minderheiten, die unter den gegebenen bürgerlichen Verhältnissen die Herausbildung extrem nationalistischer und faschistischer Bewegungen begünstigte. Für Polen bildeten die nationalen Minderheiten, die ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachten, ein Sicherheitsrisiko für den Bestand des jungen Staates. Per Gesetz wurden Juden in Ungarn und Rumänien diskriminiert. Judenpogrome waren typisch für einige osteuropäische Staaten.

Das alles hat es trotz heute gegenteiliger Behauptungen unter der Sowjetmacht nicht gegeben. Die Georgier Stalin und Ordschonikidse waren führende Staats- und Parteifunktionäre. Mit Stalin wurde überhaupt jahr-



zehntelang die UdSSR identifiziert. Der Armenier Mikojan und der Ukrainer Chruschtschow waren sowjetische Ministerpräsidenten, ein Pole erster Staatssicherheitschef, ein Georgier Chef des Geheimdienstes NKWD, der beste Außenminister (Gromyko) Ukrainer und der schlechteste (Schewardnadse) Georgier. Hohe kommunistische Parteiführer wie Kaganowitsch und Malenkow sowie der erste Präsident des Sowjetlandes, Swerdlow, waren Juden.

Den unter der Bevölkerung weitverbreiteten Antisemitismus konnte man in der gesamten Sowjetzeit zwar nicht ausrotten, doch sorgte die Sowjetmacht stets dafür, dass er nicht zum Ausbruch kam. Die angeblich „unterdrückten nationalen Gefühle“ und „nationalen Probleme“ kamen immer dann zum „Durchbruch“, wenn die Sowjetmacht während des Bürgerkrieges und der Nazibesetzung vorübergehend beseitigt oder durch die Perestroika Gorbatschows und seine Weigerung zur Gewaltanwendung kraftlos wurde. In der Ukraine und im Baltikum kamen so Millionen von Juden zu Tode. Im Südkaukasus waren es Armenier. Diese Massenmorde entstanden auch nicht spontan, sondern waren immer organisiert worden. Jene tragischen Ereignisse beweisen, dass die Sowjetmacht recht drastisch primitivste nationalistische Leidenschaften unter dem Deckel zu halten verstand.

In der Endphase Stalins hatte es tatsächlich Verfolgungen von Juden gegeben, wobei auch viele Todesopfer zu verzeichnen waren. Dass die in der Sowjetunion lebenden Juden diese als ihr Vaterland betrachten würden, schien Stalin (und nicht nur ihm) selbstverständlich. Für die meisten war es das auch. Mit dem Verlust der Illusion über eine prosowjetische Perspektive Israels, seine Hinwendung zum Westen und die Verschärfung des Kalten Krieges wurde alles, was nur im Entferntesten mit dem Zionismus in Verbindung gebracht werden konnte,



nun wesentlich härter verfolgt. Den Ausschlag gab hierbei der Amtsantritt der israelischen Botschafterin Golda Meir in Moskau. Sie wurde von den Moskauer Juden wie ein Staatsoberhaupt und mit großem Enthusiasmus begrüßt. Nun kamen die alten Geschichten über Trotzki, Sinowjew und Kamenew wieder hoch, hohe Partei- und Staatsfunktionäre, die ebenfalls Juden waren und den Sowjetstaat entweder verraten oder als Feinde hingerichtet worden waren. Auf dieser Grundlage verbreitete sich unter der Bevölkerung schnell die Ansicht, dass Juden ihr sozialistisches Vaterland verachten würden, Kosmopoliten und mehr als andere bereit wären, die UdSSR zu verraten. Damit begann die letzte und womöglich unwürdigste der Stalin'schen Repressalien, die glücklicherweise aber nur kurz währte. Dennoch ist es nicht richtig, hierbei von Antisemitismus zu sprechen, denn das war nur politisch motiviert und betraf auch nur einen geringen Teil der jüdischen Sowjetbürger.



Massendeportationen von Völkerschaften hatte es in der UdSSR gegeben. Davon sprechen heute auch die Balten. Doch von denen wurden nur Sowjetfeinde und erwiesene Konterrevolutionäre deportiert. Auch aus der Westukraine und Westbelorussland wurden vor dem Naziüberfall Belorussen, Ukrainer, Juden und Polen deportiert. Hier ging es nicht um die Nationalität, sondern um Klassenzugehörigkeit und politische Einstellung. Anders verhielt es sich bei der Umsiedlung der Wolgadeutschen, Tschetschenen, Inguschen, Krimtataren und Koreaner. Hier wurden ganze Völkerschaften umgesiedelt. In ihnen vermutete die Sowjetmacht im Vorfeld des deutschen Überfalls eine „fünfte Kolonne“ der Nazis bzw. Japaner. Diese gewaltsamen Umsiedlungen haben sich als ungerechtfertigt erwiesen und viel Leid verursacht. Die Russlanddeutschen wurden noch über 20 Jahre später wegen


ihrer Herkunft von der Bevölkerung beschimpft, doch offiziell nicht diskriminiert. Allerdings wurden sie offiziell erst in den 80er-Jahren völlig rehabilitiert.

Wenn die Sowjetmacht besonders gegen viele Angehörige einer bestimmten Nationalität einschritt, so handelte es sich um Nationalisten, die gegen geltende sowjetische Gesetze verstoßen hatten oder wie im Zweiten Weltkrieg den deutschen Faschisten gedient oder sich an Kriegsverbrechen beteiligt hatten. Besonders die Angehörigen der ukrainischen faschistischen Aufständischenarmee und baltische Faschisten und „Waldbrüder“ kamen in die GULAGs. In den 20er- und 30er-Jahren waren es auch viele Mittelasiaten. Sie hatten mit der Waffe in der Hand gegen die Sowjetmacht gekämpft und ihre Landsleute terrorisiert. Dass ganze Völkerschaften in den GULAGs verschwanden oder liquidiert worden waren, gehört in das Reich der antisowjetischen Legenden.

Dieses Buch ist eine Auswahl von Artikeln, die in den letzten Jahren im „RotFuchs“, der Tribüne für Sozialisten und Kommunisten in Deutschland, zu diesem Thema erschienen sind. Sie erfuhren Zuspruch in vielen Ländern der Welt und einige wurden auch in deren Sprachen übersetzt. Daraus entstand die Idee einer gebundenen Veröffentlichung.

Die Auswahl der Artikel bezieht sich auf weitgehend unbekannte Tatsachen und Zusammenhänge bzw. in Westeuropa weitverbreitete Legenden. Heute bergen die baltischen Länder Estland, Lettland und Litauen, die Ukraine, der Südkaukasus und Mittelasien enorme Konfliktpotenziale für die europäische und Weltpolitik. Bis auf die Konflikte im Südkaukasus wird hier auf diese Konflikte eingegangen.

Während die Brisanz der baltischen Probleme und die der Ukraine seit Langem deutlich geworden sind,



steht dies im Hinblick auf Mittelasien allgemein erst noch bevor. Von den bürgerlichen Publizisten ist es nur Peter Scholl-Latour gewesen, der schon vor über 10 Jahren auf diesen perspektivischen Konflikt aufmerksam gemacht hat. Alles deutet darauf hin, dass die neue US-Administration unter Barack Obama hier stärker ansetzen wird. Mit diesen Beiträgen soll dem Leser das nötige Hintergrundwissen vermittelt werden.



1. Wer errichtete im Baltikum die Sowjetmacht?

Seit Langem wurde vom Westen die Meinung verbreitet, mit dem Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags vom 23. August 1939 sei die „Sowjetisierung“ der baltischen Staaten besiegelt worden. Dieses „Argument“ diene antikommunistischen Kräften dazu, die Bevölkerung Litauens, Estlands und Lettlands für eine Loslösung dieser Länder von der UdSSR zu mobilisieren.

Ein Beschluss des Parlaments in Vilnius vom Februar 1990 verurteilte z. B. die Errichtung der Sowjetmacht in Litauen als „Aggression, Okkupation und Annexion“. Daraus schlussfolgerten die baltischen Nationalisten, dass der Beitritt ihrer Staaten zur UdSSR nicht legitimiert und sie niemals Teil der UdSSR gewesen seien.

Die Verträge der UdSSR mit Hitlerdeutschland – auch das geheime Zusatzprotokoll – bildeten weder rechtlich noch politisch die Grundlage für die Wiedererrichtung der Sowjetmacht im Baltikum, die sich im Sommer 1940 vollzog.


Die Stationierung sowjetischer Truppen erfolgte allein auf der Basis zwischenstaatlicher Vereinbarungen zwischen der UdSSR und den einzelnen baltischen Republiken im Oktober 1939 und im Juni 1940. Die Einheiten, die die zu diesem Zeitpunkt bereits dort stationierten sowjetischen Verbände verstärken sollten, besaßen dazu die Erlaubnis der baltischen Regierungen. Militärische Operationen fanden nicht statt.

Den Sturz der bürgerlichen Regierungen übernahmen die baltischen Volksmassen unter Führung ihrer kommunistischen Parteien. Das geschah auf der Grundlage geltender Verfassungen und Gesetze. Sowjetische Truppen hatten daran keinen Anteil.

Die staatsrechtliche Basis für den revolutionären politischen Wandel im Baltikum bildeten die aus Wahlen hervorgegangenen Parlamente und Regierungen sowie deren Entscheidungen. Darunter fällt auch der Beschluss über die Aufnahme der inzwischen baltischen Sowjetrepubliken in den Staatsverband der UdSSR.

Alles nachträglich für ungültig erklären zu wollen, diente nur antisowjetischer Stimmungsmache und ideologischer Verwirrung. Dadurch konnten die heutigen baltischen Führungen aber der Bevölkerung mit Erfolg suggerieren, eine fremde Macht habe ihre angeblich demokratischen Länder annektiert und dadurch deren durchaus erfolgreiche Entwicklung beendet. Diese wären niemals freiwillig der UdSSR beigetreten.

Wohlweislich wurden besonders die innenpolitischen Verhältnisse verschwiegen. Die baltischen Staaten hatten nämlich de facto faschistische Regimes. Sie standen durch den Kriegsausbruch vor schweren wirtschaftlichen Problemen, die die politische Krise noch verschärften. In dieses Vakuum stießen die Linken und erstrebten eine gesellschaftliche Umwandlung, bei der sie sich der Unterstützung des mächtigen sowjetischen Nachbarn sicher sein konnten. In solchen Situationen setzten sich immer gut organisierte und ideologisch zielklare politische Gruppierungen unabhängig von ihrem bisherigen Einfluss durch. Das traf in Litauen, Estland und Lettland in erster Linie auf die bisher illegalen kommunistischen Parteien zu. Diese waren scharfer Verfolgung ausgesetzt gewesen, doch in der Gesellschaft immer präsent und verfügten über weitverzweigte Verbindungen. Sie stellten die einzige politische Kraft dar, die eine in die Zukunft weisende Alternative anzubieten hatte. In Litauen nahmen die Linken schon im Frühling 1939 – lange vor der Stationierung sowjetischer Truppen – Anlauf auf den Sturz des Regimes.



Die baltischen Rechten waren in dieser Situation mehr oder weniger handlungsunfähig. Die einzige Möglichkeit, ihre Macht zu behaupten, bestand darin, die deutschen Faschisten um Hilfe zu bitten und das Baltikum von ihnen besetzen zu lassen. Schon 20 Jahre zuvor war mit deutscher Militärhilfe dort die erste Sowjetmacht niedergeschlagen worden. Nun konnten die Regierungen jedoch nicht auf Deutschland rechnen. Die Nazis hatten sich zum Nichteingreifen verpflichtet. So standen die rechten Balten außenpolitisch allein. Angesichts des allgemeinen Linksrucks traten sie die Flucht nach vorn an. Die anfängliche Schwäche der Roten Armee im finnisch-sowjetischen Krieg ausnutzend, verschärften sie den Terror gegen die Kommunisten und trachteten danach, sich den Vertragsverpflichtungen gegenüber der UdSSR zu entziehen. Sogar bewaffnete antisowjetische Aktionen wurden einkalkuliert. Das widersprach allen mit Moskau im Jahre 1939 abgeschlossenen Beistandsverträgen. Nach dem sowjetischen Sieg über Finnland herrschte Rat- und Konzeptionslosigkeit. Nun verlangte die UdSSR die Bildung von Regierungen, die die Einhaltung der abgeschlossenen Verträge garantieren und einer Erhöhung der sowjetischen Truppenpräsenz zustimmen würden. Einflussreiche Politiker und Militärs weigerten sich, den abenteuerlichen Kurs der Regierungen zu unterstützen.

Damit befanden sie sich im Einklang mit den immer offensiver auftretenden Kommunisten. Die reaktionären Regimes erwiesen sich als politisch am Ende. Die baltischen Präsidenten mussten außerparlamentarische linke Regierungen ernennen, in denen KP-Vertreter vorerst wenig in Erscheinung traten. Innerhalb eines Monats wurden umfangreiche Sozialmaßnahmen eingeleitet, bewaffnete Organe demokratisiert, faschistische Parteien verboten, Grundbesitz und Betriebe enteignet und Arbeitern

und landlosen Bauern übereignet, erdrückende Zinsen erlassen usw. Das verschaffte den Linken einen gewaltigen Vertrauenszuwachs, sodass die von den Kommunisten geführten Bündnisse (Volksfronten) im Juli einen Wahlsieg verbuchen und die Macht übernehmen konnten.


Die UdSSR hatte noch im Herbst 1939 nicht mit einer revolutionären Wende im Baltikum gerechnet. Als Chef der Sowjetregierung verbot Molotow im Oktober den dort tätigen Diplomaten jede Initiative in diesem Sinne. Im Unterschied zu Nazideutschland, das von Beginn an den Anschluss der Ostseerepubliken an die Sowjetunion einkalkulierte, verfolgte Moskau andere Pläne. Alle Dokumente weisen darauf hin, dass die UdSSR lediglich an einer ausreichenden Militärpräsenz und der Existenz prosovjeterischer bürgerlicher Führungen interessiert war. Massive Unterstützung für die baltischen Linken gab es erst, nachdem diese selbst in die Offensive gegangen waren. Nun bestand für sie die historische Chance der Machteroberung. Sie wurde von den baltischen Kommunisten und deren Verbündeten genutzt. Die anschließende Aufnahme der drei Republiken in die Sowjetunion bildete den logischen Abschluss dieser Entwicklung.

Mit dieser historischen Niederlage konnten sich die baltischen Rechten nie abfinden. Es nimmt nicht Wunder, dass die mit imperialistischer Hilfe wieder ans Ruder gebrachte baltische Reaktion zu den fanatischen Vorkämpfern des Antikommunismus und des Hasses gegen Russland gehört.

2. Litauen 1939-1940


Im März 1939 hatte Hitlerdeutschland das Klaipeda (Memel)-Gebiet annektiert. Nun glaubten viele Litauer, bald das Schicksal der Tschechoslowakei zu teilen, da auch in ihrem Fall die Westmächte zu keinerlei Hilfe bereit waren. Litauen war isoliert und den Nazis ausgeliefert. In dieser Situation riefen die Kommunisten zur Bildung einer patriotischen Verteidigungsfront auf, was unerwarteten Widerhall fand. Besorgt schrieb das Staatssicherheitsdepartement am 3. April an die Regierung, dass „wir uns am Vorabend einer Volksfront befinden“. Das faschistische Smetona-Regime reagierte lediglich mit Regierungsumbildungen, lavierte außenpolitisch nach allen Seiten und spielte auf Zeit.


Nach den deutsch-sowjetischen Verhandlungen im August befand sich Litauen in der deutschen Einflussphäre. Daher versuchten die Nazis, Litauen für eine antipolnische Militäraktion zur Eroberung des 1920 von Polen annektierten Wilna-Gebietes zu gewinnen. Diesen verführerischen Vorschlag lehnte die Regierung nach Warnungen verschiedener westlicher Staaten sowie der Sowjetunion ab. Die Rote Armee marschierte am 17. September in die polnischen Ostgebiete – darunter auch ins Wilna-Gebiet – ein. So hatte die UdSSR mit Litauen eine gemeinsame Grenze. Nun versuchte Hitler, die Litauer zur Anerkennung Deutschlands als Schutzmacht zu überreden. Als Litauen ablehnte, befahl Hitler am 25. September, Truppen für einen Überfall auf Litauen bereitzustellen. Inzwischen hatten die Litauer in Moskau anfragen lassen, ob man ihnen das Wilna-Gebiet überlassen könnte. Damit war die UdSSR einverstanden. Moskau hatte inzwischen Litauen aus der deutschen Einfluss-



phäre herausbekommen und seiner zugeordnet. Dadurch konnte der deutsche Überfall verhindert werden. Auf sowjetische Initiative wurde im Oktober zusammen mit der Übergabe des Wilna-Gebietes ein litauisch-sowjetischer Beistandspakt abgeschlossen. In vier Orten wurden nun 20 000 Sowjetsoldaten stationiert. Das war angesichts der 28 000 litauischen Armeeingehörigen und der 62 000 Mann paramilitärischer Hilfskräfte keine „Bedrohung“ für die 2,5 Millionen Litauer.


Nachdem die unmittelbare Gefahr einer deutschen Aggression abgewehrt worden war, änderte sich die innenpolitische Situation grundlegend. Die außenpolitischen Niederlagen hatten zu einer permanenten Systemkrise geführt. Mit Weltkriegsbeginn brach der litauische Außenhandel zusammen. Arbeitslosigkeit, Gütermangel und Preissteigerungen nahmen rapide zu und drohten in Zukunft noch zu eskalieren. Der Lebensstandard sank schnell und spürbar für alle. Der Anschluss der historischen Hauptstadt Vilnius wurde zwar als Sieg litauischer Außenpolitik deklariert, doch jeder wusste, dass das nur der Sowjetunion zu verdanken war. Das gab der pro-sowjetischen Stimmung in allen Teilen der Gesellschaft Auftrieb. Die UdSSR hatte hier im Vergleich zu den anderen baltischen Republiken einen guten Namen, da sie vorher mehrmals Litauen gegen Polen in Schutz genommen hatte. Im Oktober gingen die Linken unter Führung der Kommunisten daher in die Offensive. Wie das Staatssicherheitsdepartement einschätzte, konnten Kommunisten nun weit in ihnen bisher „widerstehende Schichten“ vordringen und ihren Einfluss vervielfachen. Die illegale KP konnte so ihre Mitgliederzahl verdoppeln. Besonders die Dankfeiern gegenüber der UdSSR gestalteten sich zu breiten antifaschistischen Massenveranstaltungen, die zumeist mit Auseinandersetzungen mit der Polizei und







Verhaftungen endeten. Ausdruck eines weitgehenden Linksrucks unter der Intelligenz war die Forderung nach einer prosovjatischen antifaschistischen Volksregierung an den Präsidenten. Im Gegensatz zu heute verbreiteten Auffassungen verfolgte die UdSSR 1939 keine weitergehenden Absichten in Litauen. Am 21. Oktober drohte der sowjetische Ministerpräsident Molotow sowjetischen Vertretern in Litauen sogar mit harten Strafen, sollten sie regierungsfeindliche Gruppierungen unterstützen. Das Hauptinteresse der Sowjetunion galt der Erfüllung der abgeschlossenen Verträge. Das kam nicht von ungefähr, denn durch linke Aktivitäten schockiert, erblickten die Regierenden in ihrer nationalistischen Sicht nun in den sowjetischen Truppen die Hauptgefahr für ihren Machterhalt. Die anfänglichen Misserfolge der Roten Armee im Winterkrieg gegen Finnland gaben den baltischen Rechten neuen Mut. Der Terror gegen die Linken wurde verstärkt und vor allem Kommunisten wurden eingesperrt. In Litauen waren fast alle KP-Funktionäre gefasst worden. Baltische Militärs planten in gemeinsamen Beratungen, nach einem finnischen Sieg gegen die sowjetischen Truppenkontingente vorzugehen. Darüber wurde Berlin informiert. Das blieb der Sowjetunion nicht verborgen. Mit dem sowjetischen Sieg veränderte sich jedoch die Lage. Die baltischen Rechten hatten auf das falsche Pferd gesetzt. Eine von ihnen kurz nach dem sowjetischen Sieg über Finnland verabschiedete Neutralitätserklärung ließ sie wie ertappte kleine Jungen erscheinen und verstärkte das sowjetische Misstrauen.

Inzwischen hatte sich die wirtschaftliche Situation so verschlechtert, dass das Staatssicherheitsdepartement am 11. März 1940 „Unzufriedenheit der Arbeiter hinsichtlich der bestehenden sozialen Ordnung“ konstatierte. Nun trat die Regierung die Flucht nach vorn an und




wandte sich an die Deutschen. Hitler versprach, Mitte März deutsche Truppen nach Litauen zu schicken. Dar- aus wurde jedoch nichts, da er vorläufig die UdSSR nicht herausfordern wollte und seinen Feldzug gegen den Wes- ten vorbereitete. Dafür kam es aber im April zu einem Handelsvertrag mit den Deutschen, der 70 Prozent des litauischen Exportes erfasste. Das veranlasste Regierungs- mitglieder zu der Illusion, dass die Deutschen notfalls doch einspringen würden. Hierzu wurden die Isolierung, Beobachtung und Infiltration der sowjetischen Garni- sionen verstärkt, sodass Provokationen nicht ausblieben. Zugleich beteuerte die litauische Regierung ständig die Einhaltung aller Vertragspunkte, denn sie musste nicht nur der gewachsenen Kraft der Linken, sondern auch der Mehrheit der litauischen Bevölkerung Rechnung tragen. Diese wollten angesichts des Krieges in Europa in Frieden leben und sich dazu an den starken sowjetischen Nach- barn anlehnen. Von den geheimen Machenschaften ihrer Regierung wusste sie nichts.





Im Mai forderte die UdSSR die Verhaftung und Be- strafung der Schuldigen an den antisowjetischen Aktionen und die strikte Einhaltung der Vertragsverpflichtungen. Ein Aufruf der Kommunisten vom 31. Mai brachte den Konflikt ans Licht, forderte den Rücktritt der Regierung und sensibilisierte die Massen. Die litauische Regierung versuchte nun zu lavieren und sich – allerdings erfolglos – der Unterstützung Deutschlands zu versichern. Um die Massen und die Sowjetregierung zu beruhigen, wurden am 13. Juni der für seinen Antisowjetismus berüchtigte Innenminister und der Direktor des Staatssicherheitsde- partements entlassen. Das gab den Linken Auftrieb und drängte das Regierungslager völlig in die Defensive. Am 14. Juni forderte die UdSSR ultimativ, die beiden Staats- funktionäre zu verhaften und vor ein Gericht zu stellen

sowie die Zustimmung zu einer sowjetischen Truppen-
erhöhung und die Bildung einer zur Vertragserfüllung
willigen Regierung. Von einer militärischen Drohung
war keine Rede. Allein die offiziellen Versicherungen, die
prosowjetische Stimmung, die Stärke der Linken und die
permanente Regierungskrise schienen die Annahme des
Ultimatums zu sichern. Moskau hatte richtig gerechnet.
Im Regierungslager brach Panik aus. Ein bewaffneter
Widerstand, den Präsident Antanas Smetona am 15. Juni
vorschlug, wurde abgelehnt und dem sowjetischen Ulti-
matum zugestimmt. Die Regierung trat zurück. Proviso-
rischer Verteidigungsminister wurde der antifaschistisch
orientierte General Vincas Vitkauskas. Dieser Mann er-
wies sich als Glücksfall für die Linken, denn damit stan-
den die Streitkräfte nicht mehr der Niederschlagung der
revolutionären Bewegung zur Verfügung. Der General
begründete in einer Rundfunkansprache die zusätzliche
sowjetische Militärpräsenz und forderte seine Truppen
auf, die sowjetischen Verbände freundschaftlich zu emp-
fangen, die seit 15.00 Uhr ins Land kamen. Eine „sow-
jetische Aggression“ hatte also nicht stattgefunden. Mi-
nisterpräsident Antanas Merkys ließ die beiden von der
sowjetischen Seite geforderten Politiker verhaften und
rief den Verteidigungszustand aus, ohne die regimetreu-
en Kräfte zu mobilisieren. Dadurch waren die Rechten
gelähmt. Am Abend des 15. Juni übergab Smetona die
Amtsgeschäfte an Merkys und setzte sich nach Deutsch-
land ab. Als das bekannt wurde, war den meisten Litau-
ern klar, dass eine neue politische Zeitrechnung begon-
nen hatte. Die Massen feierten unter roten Fahnen den
Sturz des Faschismus und ließen die UdSSR hochleben.
Da selbst die Vertreter bürgerlicher Parteien in dieser Si-
tuation für einen linken Kandidaten als Regierungschef
plädierten, nahm Merkys Kontakt zu den Linken auf und



ernannte den linken Intellektuellen und Sowjetfreund Justas Paleckis am 17. Juni zum Vorsitzenden einer verfassungsmäßigen Volksregierung mit zunächst einem, später drei kommunistischen Ministern. Paleckis übernahm von Merkys auch die Funktion eines Übergangspräsidenten. Am 18. Juni wurde der inhaftierte KP-Führer aus der Haft entlassen und einen Tag später durch den linken Innenminister als Direktor des Staatssicherheitsdepartements eingesetzt, alle politischen Gefangenen wurden freigelassen, faschistische Organisationen verboten und man begann, den alten Machtapparat zu säubern. Kommunisten und andere Linke besetzten innerhalb weniger Tage Schlüsselpositionen in allen Bereichen. Die antifaschistisch-demokratische Junirevolution bildete den Beginn der sozialistischen Umgestaltung Litauens. Sie war eine authentische Volksbewegung der litauischen Werktätigen. Ihre Machtergreifung war staatsrechtlich sogar durch die bürgerliche Verfassung legitimiert worden und nicht Ergebnis einer „sowjetischen Okkupation“, wie heute behauptet wird.



3. Litauen an der Seite der Nazis

Im jungen Sowjetlitauen verlief 1940/41 der sozialistische Aufbau im Vergleich zu Estland und Lettland reibungsloser, weil hier die Kommunisten und andere Linke weitaus stärker waren. Der antisowjetische Widerstand konnte sich deshalb erst im Spätherbst 1940 als Litauische Aktivistenfront (LAF) formieren. Sie orientierte sich an Hitlerdeutschland, zu dem sie über den ehemaligen litauischen Gesandten in Berlin, Oberst Kazys Škirpa, Kontakt aufnahm. Ziel war die modifizierte Wiedererrichtung der 1940 gestürzten ältesten faschistischen Diktatur in Osteuropa in einem mit Deutschland verbündeten unabhängigen Staat. Die treibende Kraft waren die Faschisten der verbotenen Nationalistenpartei. Ihnen gelang es, auch Vertreter anderer rechter Gruppierungen und vor allem einen Teil der über 20 Jahre extrem nationalistisch erzogenen Jugend zu sammeln. Unterstützt wurden sie vor allem von Groß- und wohlhabenden Bauern, die durch die Bodenreform Land und politischen Einfluss abgeben mussten. Die LAF betrieb als „5. Kolonne“ der Nazis vor allem Spionage- und Sabotagetätigkeit sowie eine intensive antisowjetische Propaganda. Letzterem gegenüber verhielten sich die litauischen Kommunisten lange nachsichtig. Hinsichtlich der prodeutschen Aktivitäten waren ihnen auch wegen des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages weitgehend die Hände gebunden. Als LAF-Leute offen Sowjetanhängern mit Konsequenzen nach einem baldigen deutschen Überfall drohten, die Litauer nun zunehmend verunsicherten, einige bewaffnete Gruppen aus ehemaligen faschistischen Offizieren bildeten und mit Spionageaktivitäten in das nur aus Litauern bestehende 29. Korps der Roten Armee drangen, schlug die litauische

Sowjetmacht zurück. Kurz vor dem Überfall auf die UdSSR wurden etwa 27 000 besonders exponierte Vertreter des früheren faschistischen Litauens, die bisher keiner Strafregelung unterlegen hatten, mit ihren Familien nach Westsibirien und Kasachstan abtransportiert. Dieser 14. Juni ist heute offizieller Gedenktag. Dadurch war die LAF zwar geschwächt, jedoch nicht zerschlagen. Nach eigenen Angaben soll sie im Juni 1941 einschließlich aller Helfer über etwa 30 000 Mann verfügt haben.

Einen Tag nach dem deutschen Überfall auf die UdSSR rief die LAF zum „bewaffneten Aufstand gegen die sowjetische Okkupation“ auf. Jenes 23. Juni wird heute in Litauen offiziell ebenfalls unter diesem Titel gedacht. Damit war die LAF eindeutig an der faschistischen Aggression beteiligt. Bis zu 15 000 bewaffnete Konterrevolutionäre – heute als Partisanen bezeichnet – griffen auf dem Rückzug befindliche sowjetische Truppen und Ziviltransporte an. In der alten Hauptstadt Kaunas eroberten sie noch vor Eintreffen der Deutschen die Stadt. Bei allen diesen Kämpfen verloren sie etwa 600 Mann. Innerhalb einer Woche war Litauen von den Nazis besetzt. Am 23. Juni wurde auch eine Provisorische Regierung ausgerufen. Sie setzte sich aus den Vertretern der reaktionärsten bürgerlichen Gruppierungen (Christdemokraten und Nationalisten) zusammen und wurde von Juozas Ambrazevičius geführt. Unter den Ministern war auch der Vater des ersten konterrevolutionären litauischen Staatspräsidenten von 1990 Vytautas Landsbergis. Ihm erlaubte die Sowjetmacht in den 50er-Jahren großzügig die Rückkehr. Der allerdings bestärkte seinen Sohn in seinen sowjetfeindlichen Handlungen.

Die faschistische Provisorische Regierung schaffte alle sowjetischen Gesetze ab, beschlagnahmte das Eigentum von Juden und Linken und erließ in kurzer Zeit über

100 Dekrete, darunter eine Begrüßungsdeklaration an die Nazis. Darin wurden ihre großartigen Siege bewundert und ihnen „Sympathie und Gastfreundschaft in unserem Land“ versichert. Unaufgefordert wurde am 1. August von ihr ein antisemitisches Gesetz verabschiedet, das Juden zum Verlassen ihrer Wohnungen, in Gettos und zum Tragen gelber Armbinden zwang. Damit war jene „Regierung“ als faschistisch klassifiziert. Die LAF-Leute nahmen nun grausame Rache an den Sowjetanhängern. Da diese sich aber zurückgezogen hatten bzw. bewaffneten Widerstand leisteten, hielten sie sich an die Juden als angebliche „Bolschewistenfreunde“. In den ersten Tagen des „Unabhängigkeitsaufstandes“ wurden in Kaunas durch die LAF-Leute und den weißen Mob über 3 500 Juden mit Knüppeln, Eisenstangen und Äxten auf bestialische Weise umgebracht. Doch die Nazis verweigerten den Litauern die Unabhängigkeit und lösten jene „Regierung“ im August auf. Stattdessen erlaubten sie die Einsetzung eines ihnen unterstellten Generalberaters mit entsprechender Verwaltungsstruktur unter der Führung des faschistischen Generals Petras Kubiliunas. Als einzige Partei wurden die Nationalisten zugelassen. Die LAF wurde aufgelöst. Ihre Aktivisten kamen in die der SS unterstellte litauische Geheimpolizei Sauguma, die den sowjetischen und polnischen Widerstand bekämpfte und in der ersten Zeit 40 Prozent des kommunistischen Widerstandes liquidieren konnte, in die Ordnungspolizei (10 000) und in die Polizeibataillone (der heutige Staatspräsident Litauens Valdas Adamkus gehörte 1944 auch zu ihnen). Jene Bataillone – etwa 10 000 Litauer – beteiligten sich aktiv an Kriegsverbrechen. Die meisten der 200 000 in Litauen ermordeten Juden gingen auf ihre Rechnung. Berüchtigt waren die Bataillone von Major Antanas Impulevičius. Sie brannten auch in Weißrussland einige Dutzend Dörfer

nieder. Über 200 Einwohner des Dorfes Chatyn waren auf persönlichen Befehl des Majors lebendig verbrannt worden. Das antisowjetische Litauische Zentrum für Völkermord musste offiziell zugeben, dass mehr als 20 000 weißrussische Zivilisten durch diese Einheit zu Tode kamen. Insgesamt wurden von deutschen und litauischen Faschisten 700 000 Menschen umgebracht. Davon waren 370 000 Bürger der Litauischen SSR, 229 000 sowjetische Kriegsgefangene und etwa 100 000 Bürger anderer Sowjetrepubliken und europäischer Staaten. Hierbei sind die Opfer unter der polnischen Bevölkerung, die litauische Einheiten bei der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes im Spätsommer 1944 zu verantworten hatten, jedoch nicht erfasst.

Die Nazis hingegen misstrauten den Litauern und verachteten sie. Der deutsche Reichskommissar für Litauen, Theodor von Renteln, bezeichnete sie als „ein dummes, faules und heuchlerisches Volk. Ihre Intelligenz ist gefährlich und die Bauern sind verkommen“. Die litauischen Faschisten hingegen wollten einen größeren Beitrag an der Seite der Nazis leisten. Im Frühling 1943 riefen litauische Politiker unter Federführung des ehemaligen rechten Sozialdemokraten Mykolas Biržiški zur Schaffung von antisowjetischen Militärabteilungen auf. Doch das und der Aufruf zur Schaffung einer litauischen SS fand kaum Anklang. Daraufhin erlaubten die Nazis nach einem erneuten Aufruf von 45 litauischen Politikern die Aufstellung von „litauischen Sonderverbänden“ gegen Partisanen. Im Frühling 1943 traten etwa 20 000 Litauer unter dem Befehl des faschistischen Generals Povilas Plechavičius gegen polnische bürgerliche Partisanen an. Doch von denen wurden sie mehrfach geschlagen, sodass diese Truppe auch nach Streitigkeiten mit den Nazis aufgelöst wurde. Daraufhin verzichteten die Nazis auf die

Gewinnung der Litauer gegen die herannahende Rote Armee. In der Panik der Verlierer flohen 60 000 litauische Faschisten, Verräter, Kriegsverbrecher und andere Sowjetfeinde, darunter der heutige Staatspräsident Valdas Adamkus, mit den deutschen Faschisten nach Westeuropa, 36 000 von ihnen ab 1948 in die USA.

Nach der Befreiung wurden viele Nazihelfer bestraft, vor allem aber in Arbeitslager gesteckt. Doch beides gilt im heutigen „demokratischen“ Litauen als „Genozid an der litauischen Nation“ und ist strafbar. So verlangte z. B. die Staatsanwaltschaft Litauens 2007 von Israel die Auslieferung eines ehemaligen sowjetischen Tschekisten, damit er sich vor Gericht für die Liquidierung einiger litauischer Faschisten verantworten sollte. Der Leiter des jüdischen Simon-Wiesenthal-Zentrums Ephraim Zuroff bemerkte hierzu empört: „Die baltischen Staaten reden viel über das Leiden ihrer Länder während der Sowjetzeit, doch sie tun nichts, um die Mörder zu bestrafen, die mit den Nazis kooperiert haben. Es ist heute politisch unkorrekt und nicht populär, offen zu gestehen, wie viele litauische Bürger an den Massentötungen beteiligt waren.“ So steht Litauen auf der „Schwarzen Liste“ des Simon-Wiesenthal-Zentrums neben Lettland, Estland, Kroatien und der Ukraine als einer derjenigen Staaten, die trotz vorhandener Rechtsbasis nichts tun, um Nazikollaborateure zu entlarven.

4. Von Faschisten zu „Demokraten“: Die „Waldbrüder“ in Litauen

Nachdem die Nazis 1941 Litauen die Unabhängigkeit verweigert hatten, wollten die litauischen Faschisten (Nationalistenpartei) das durch verstärktes Andienen erreichen. Mit dem Vormarsch der Roten Armee 1943 war auch diese Konzeption hinfällig. 60 000 Litauern, vor allem Faschisten, Kriegsverbrechern, Angehörigen der faschistischen Geheimpolizei Sauguma und der berüchtigten Polizeiabataillone und einem Großteil der antisowjetischen Intelligenz blieb nur die Flucht mit den Deutschen.


Andere bürgerliche Kräfte einschließlich der einflusslosen Sozialdemokratie setzten angesichts der sich abzeichnenden deutschen Niederlage auf die Westmächte. Ihre Konzeption ging in zwei Richtungen: Die Westmächte sollten innerhalb der Antihitlerkoalition die Abspaltung Litauens von der UdSSR erzwingen und die Litauer einen permanenten bewaffneten Kampf gegen die Sowjetmacht bis zum Ausbruch eines Dritten Weltkrieges führen. Ende 1943 schufen bekannte bürgerliche Politiker der Vorkriegszeit das Oberste Litauische Befreiungskomitee (VLIK) mit dem Sozialdemokraten Steponas Kairys an der Spitze. Sein im Februar 1944 verbreitetes Programm basierte auf der – bis heute verbreiteten und falschen – Behauptung von der Unrechtmäßigkeit der litauischen Sowjetmacht („Aggression, Okkupation, Annexion“) und dem staatsrechtlichen Fortbestand des bürgerlichen Litauen. Für die Zukunft versprachen sie eine bürgerlich-demokratische Koalitionsregierung auf Grundlage der modifizierten faschistischen Verfassung von 1938 und den Kampf gegen den Kommunismus. Widerstand gegen die Deutschen wurde hingegen nicht propagiert,

sondern dazu aufgefordert, in die von den Nazis erlaubten Sondereinheiten unter einem litauischen faschistischen General einzutreten. Am 15. Mai brachte es das VLIK sogar fertig, der UdSSR im Falle der Befreiung Litauens von den Deutschen mit Krieg zu drohen. Damit standen sie in einer Reihe mit den Nazis. Am 30. September, als Litauen zum größten Teil befreit worden war, wandte sich das VLIK an die Briten und Amerikaner mit der Bitte um Hilfe gegen die UdSSR. Als diese nicht reagierten, setzte sich das VLIK mit seinen Mitgliedern später nach Westdeutschland, 1955 in die USA ab.

Im Herbst 1944 begann auf Anweisung des VLIK der antisowjetische bewaffnete Untergrund mit seinen Aktionen. Die Waffen dafür erhielten sie aus Depots, die von Deutschen im Sommer für sie angelegt worden waren. Heute spricht man von 100 000 Litauern, die zu unterschiedlichen Zeiten bis 1952 bei den konterrevolutionären „Waldbrüdern“ kämpften. Diese Zahlen sind zu hoch angesetzt. Selbst die als ständige kämpfende Waldbrüder-Truppe angegebenen 30-50 000 scheinen angesichts der relativ geringen gegen sie eingesetzten sowjetlitauische Kräfte übertrieben zu sein. Hierbei handelte es sich zumeist um Leute, die den Absprung nach Westen nicht geschafft hatten, dorthin nicht wollten oder von der Illusion eines gerechten Kampfes für die Unabhängigkeit erfüllt waren. Sie bedeuteten – im Gegensatz zu heutigen Behauptungen – zu keiner Zeit eine existenzielle Gefahr für Sowjetlitauen. Mit ihrem individuellen und waffentechnischen Kampfwert konnten sie keinesfalls mit den sowjetlitauischen Schutz- und Sicherheitsorganen und der 16. Litauischen Klaipeda-Division der Sowjetarmee mithalten. 150 000 Litauer hatten auf sowjetischer Seite am Krieg teilgenommen. 60 000 davon hatten Tapferkeitsmedaillen erhalten. 19 waren „Helden der Sowjetunion“.

Die Waldbrüder, einschließlich ihrer Vorkriegsoffiziere, verfügten im Gegensatz zu den lettischen und estnischen Faschisten über keinerlei Kampferfahrung, sondern bestenfalls über eine terroristische Praxis gegen Unbewaffnete. Dabei blieben sie auch und terrorisierten vor allem unbewaffnete Sowjetanhänger, Aktivisten der Linken, arme Bauern und in Ausnahmefällen und nur mit sicherer Übermacht kleinere sowjetische Einheiten. Für Angriffe auf Städte besaßen sie keine Kraft. Dennoch waren sie eine erhebliche Belastung für den Wiederaufbau des zerstörten Landes. Die Sowjetmacht bot ihnen 1945 zwei Amnestien an, die sie aber in Verkennung der Lage ablehnten. Nun leitete die Staatsmacht Gegenmaßnahmen ein. Im September wurde das Parteiaktiv bewaffnet und einen Monat später die „Volksverteidigung“ aus freiwilligen Arbeitern und Bauern geschaffen. Ihre 300 Abteilungen wuchsen auf 10 000 Mann an und dienten vorerst nur dem Selbstschutz. Angriffe auf sie erwiesen sich für die Waldbrüder mit der Zeit als besonders verlustreich. Darüber hinaus gab es auf dem Lande 800 bewaffnete Gruppen, die auch angriffen. Allein 1948 kamen auf sie etwa ein Fünftel der im gleichen Jahr gefallenen Waldbrüder. Die Bekämpfung des reaktionären Untergrundes war weniger Sache der Sowjetarmee als der Einheiten des Innenministeriums (NKWD). In den besonders intensiven Kämpfen von 1944/45 waren bis zu 20 000 Soldaten von ihnen eingesetzt. Später waren es nur noch bis zu 4 000. Ab 1946 – so die heutige offizielle Einschätzung – konnte der bewaffnete Widerstandskampf nicht mehr gewinnen, dauerte aber dennoch an. Nun griff das NKWD zu anderen Methoden.

Als besonders gefährlich für die Waldbrüder erwiesen sich die Spezialeinheiten der Staatssicherheit. Das litauische NKWD wurde zum Kampf gegen den reaktionären



Untergrund durch viele der 10 000 ehemaligen litauischen Partisanen verstärkt. Jene kannten sich in den heimischen Wäldern bestens aus und machten in kleinen Spezialeinheiten die versteckten Standorte des Untergrundes ausfindig, störten ihre Kommunikation, unterbrachen ihren Nachschub, vernichteten durch Scharfschützen Untergrundkommandeure, sprengten ihre bescheidenen Munitionslager, riefen Panik und Unsicherheit unter den Waldeinheiten hervor bzw. dezimierten oder liquidierten sie. So wurden z. B. von Januar bis Oktober 1946 336 Untergrundabteilungen in den Wäldern aufgespürt und liquidiert und 436 andere antisowjetische Gruppen aufgerieben. Dabei kamen 10 000 Untergrundkämpfer um bzw. wurden verhaftet. Seitens der Linken fielen 2 360 Mann. Junge litauische Tschekisten spürten Waldbrüder-Kommandeure, darunter die höchsten wie 1946 Jonas Noraika und 1953 Jonas Žemaitis, in ihren Verstecken auf. Ihrem Informationsnetz war die Liquidierung und Verhaftung von Tausenden Waldbrüdern zu verdanken.

Da die Waldbrüder politisch und militärisch nicht weiterkamen, griffen sie immer mehr zum individuellen Terror, der auch heute von litauischer Seite nicht völlig abgestritten werden kann: „Die Gewehre der Partisanen waren nicht nur gegen die Männer des KGB, gegen Soldaten und aktive Kommunisten gerichtet. Leider kam es auch zu blutigen Abrechnungen mit persönlichen Feinden, zur Vernichtung ganzer Familien, einschließlich alter Menschen und Kleinkinder, die nie Agenten des Inwendienstes gewesen waren oder sein konnten.“

Um der bewaffneten Konterrevolution die politisch-ideologische, personelle und materielle Basis zu nehmen, wurden von 1945-1952 etwa 30 000 Rechte, mit Familien insgesamt 108 000 Personen, aus Litauen ausgesiedelt. Darunter waren vor allem Großbauern, katholische

Priester, 18 000 verhaftete Waldbrüder und diejenigen, die ihre Waffen niedergelegt hatten sowie Mitglieder illegaler Organisationen. Von ihnen kehrte 1955 über ein Drittel durch eine Amnestie wieder nach Litauen zurück, in den Jahren bis 1988 folgte der Rest. Offensichtlich war das ein politischer Fehler, denn fast alle von ihnen reiheten sich vor und während der Perestrojka wieder in den anti-sowjetischen Kampf ein.

Dennoch gab der „harte Kern“ nicht auf und hoffte immer noch auf den Ausbruch des Dritten Weltkrieges. Zu Beginn des Korea-Krieges gab es noch einmal einen „Aufschwung“: Von den noch 7 000 Waldbrüdern wurden 1950 noch 2 200 Linke ermordet. Obwohl 1953 noch 200 Untergrundkämpfer fielen, galten die Kämpfe gegen sie 1952 als offiziell beendet. Nach Angaben der litauischen Staatssicherheit fielen 1944 bis 1954 20 138 Waldbrüder, 18 003 wurden inhaftiert und 38 621 – also über die Hälfte der „Unabhängigkeitskämpfer“ – stellten sich, was heute gern verschwiegen wird.

Die Waldbrüder, einschließlich der ins Innere der UdSSR Ausgewiesenen machten nur etwa 8 Prozent der damaligen Bevölkerung Sowjetlitauens aus. Den Willen der Mehrheit des litauischen Volkes repräsentierten sie nicht. Sie konnten den sozialistischen Aufbau zwar behindern, jedoch nicht verhindern: 1952 gilt als das Jahr des Sieges der sozialistischen Revolution in Litauen.

5. Estland an der Seite der Nazis

Estland hatte sich als einziges baltisches Land bis 1920 an der imperialistischen Intervention gegen Sowjetrußland beteiligt. Das bürgerliche, seit 1934 faschistische Estland war das höchstentwickelte baltische Land mit einem besonders starken besitzenden Kleinbürgertum in Stadt und Land. In keiner anderen Ostseerepublik war Antikommunismus und Antisowjetismus daher ausgeprägter als hier. Daher hatten die Linken hier nach der Wiedererrichtung der Sowjetmacht im Juni 1940 besonders große Probleme. Schon im Herbst 1940 gab es die ersten bewaffneten konterrevolutionären Gruppen, die sich „Waldbrüder“ nannten. Sie bereiteten den bewaffneten Aufstand vor und nahmen Kontakt zu deutschen Vertretungen auf. Die Sowjetmacht deportierte daraufhin am Vorabend des faschistischen Überfalls auf die UdSSR über 10 000 Vertreter der ehemaligen herrschenden Klassen und ihren Anhang nach Osten.

Mit dem Überfall der Nazis widersetzen sich etwa 30 000 Jugendliche ihrer Einberufung zur Roten Armee, flohen in die Wälder und verstärkten die „Waldbrüder“, die heute als „Partisanen“ gelten. Sie griffen sowjetische Einheiten an, ermordeten massenhaft Anhänger der estnischen Sowjetmacht und errichteten in den „befreiten Ortschaften“ faschistische Verhältnisse. Die Volksmacht bewaffnete ihre aktiven Anhänger und nahm den Kampf mit ihnen auf. Jene kommunistischen Kampfgruppen konnten bei einer zweitägigen Schlacht um den 1. August bei Kautla einen bedeutenden Sieg über eine „Waldbrüder“-Gruppierung erringen und sie vernichten. An anderer Stelle nahmen etwa 2 000 „Waldbrüder“ im sogenannten Tartu-Bataillon direkt an der Seite der Wehrmacht an

den Kämpfen gegen die Rote Armee teil. „Waldbrüder“ waren auch an der Einnahme von Tallin am 28. August beteiligt und hielten blutige Abrechnung unter den gefangenen 12 000 Rotarmisten und Zivilisten. Darunter war auch der Führer der estnischen Kommunisten Karl Sarä, dessen Spur sich hier verliert.

Ein Großteil der Esten begrüßte den deutschen Einmarsch. Der letzte Premier des bürgerlichen Estland, Jüri Uluots, versammelte daher die 1940 entmachteten Vertreter der großen Parteien am 29. Juli und richtete ein Memorandum an Berlin mit der Bitte um die Wiedererrichtung des „unabhängigen Estlands“ und schlug eine Zusammenarbeit im „Kampf gegen den Kommunismus“ vor. Diese Tatsache wird im heutigen Estland heruntergespielt oder verschwiegen, denn damit hatten sich die „demokratischen Parteien“ des „freien Estlands“ zum direkten Bundesgenossen der Nazis gemacht. Somit waren sie auch Feinde der sich herausbildenden Antihitlerkoalition, ihre Bekämpfung und Bestrafung durch das Völkerrecht – später durch die sowjetischen Organe – auch völkerrechtlich legitimiert. Dass Hitler mit Estland andere Pläne hatte, ändert nichts daran. Estland wurde „Generalkommissariat“ und unterstand dem Reichsministerium für besetzte Ostgebiete. Allein auf unterer Ebene wurde eine „Estnische Selbstverwaltung“ genehmigt, die vom ehemaligen Propagandachef der estnischen Faschisten Hjalmar Mäe geleitet wurde. Die Kollaboration umfasste nicht nur die Verwaltungen und die aktive Teilnahme am faschistischen Terror und Zuarbeit für den Sicherheitsdienst der SS. Schon im August 1941 wurde die faschistische Freiwilligenorganisation „Omakaitse“ mit deutscher Billigung geschaffen, zu der sich 40 000 Esten meldeten. Sie bewachten alle 20 Konzentrationslager und machten Jagd auf Linke und sowjetische Partisanen. Die

estnischen Faschisten hatten somit weitaus mehr unter Waffen, als die 16 000 Mann (1938) zählende estnische Armee. Aus den an deutscher Seite kämpfenden „Waldbrüdern“ wurden aus 12 000 Esten sechs Polizeibataillone und 10 sogenannte Ost-Bataillone geschaffen, die im besetzten Sowjetrußland die Bevölkerung terrorisierten.

Im August 1942 wurde die estnische Waffen-SS-Legion aufgestellt, zu der sich bis 1943 etwa 2 000 Esten meldeten und die noch im gleichen Jahr als 3. Estnische Freiwillige SS-Brigade gegen die Rote Armee in der Ukraine zum Einsatz kam. Als die Mäe-Administration wegen der hohen Verluste Einberufungen durchführte, floh ein Teil der Jugendlichen nach Finnland. Dort wurden sie zu ihrer Überraschung in das 200. Estnische Infanterieregiment eingegliedert, das bis 1944 gegen die Rote Armee kämpfte.

1943 wurde nach dem Vorbild der Hitler-Jugend die faschistische Jugendorganisation „Junge Esten“ gebildet, die sich auf den Kampf an der Seite der Wehrmacht vorbereitete. Anfang 1944 wurden alle bisherigen estnischen faschistischen Militärformationen (20 000 Mann) in der 20. Estnischen SS-Division zusammengefasst. Der Mäe-Administration gelang es darüber hinaus, aus 38 000 mobilisierten Esten sieben Grenzregimenter gegen die heranrückende Rote Armee aufzustellen. Hierzu herrschte Konsens unter allen estnischen (auch „demokratischen“) politischen Kräften. Am Vorabend der Befreiung proklamierte Uluots wiederum eine neue Regierung, die Neutralität verkündete und deutsche wie sowjetische Truppen aufforderte, das Land zu verlassen. Doch dieser an Lächerlichkeit grenzende Akt konnte die Wiedererrichtung der estnischen Sowjetmacht nicht mehr aufhalten. Am 22. September zog die Rote Armee, darunter das von estnischen Kommunisten geführte 8. Estnische Schützen-

korps, in Tallin ein. Zwei Monate später war ganz Estland befreit.

Die estnische Rechte hatte als Verbündeter der Nazis gehandelt und sich an Kriegsverbrechen aktiv beteiligt. In den estnischen KZs starben 64 000 sowjetische Kriegsgefangene und 61 000 Juden aus Westeuropa. Alle verbliebenen eigenen 2 000 Juden wurden ermordet. Estland war daher schon zur Wannsee-Konferenz 1942 „judenfrei“. Etwa 5 000 Anhänger der Sowjetmacht wurden umgebracht. Mit 7 000 durch die Faschisten Ermordeten lag Estland aber weit unter den Verlusten der anderen baltischen Länder. Hier hatten weit mehr Menschen als in Lettland oder Litauen mit den Nazis kollaboriert. Daher hatten etwa 80 000 Esten, die mit den Deutschen kollaboriert hatten, sich anderweitig schuldig gemacht hatten und andere Antikommunisten das Land in Richtung Westen verlassen.


Die estnischen SS-Leute wurden letztlich 1945 in der Tschechoslowakei aufgerieben. Einem Teil von ihnen gelang die Flucht nach Westdeutschland, andere wurden den sowjetischen Organen zugeführt. Die estnische Sowjetmacht verhaftete, verurteilte und deportierte 1944-45 etwa 10 000 estnische Faschisten und andere Sowjetfeinde. Todesurteile waren hierbei selten. Nichtsdestotrotz setzten abgeschnittene deutsche und estnische Faschisten (etwa 10 000) in den Wäldern in Erwartung eines Dritten Weltkrieges ihren Kampf gegen die Sowjetmacht fort, wobei sie über den Seeweg noch lange von den Nazis versorgt wurden. Später übernahmen das westliche Geheimdienste. Erst 1952 konnten die estnischen Wälder endgültig von ihnen gesäubert werden. Jene Faschisten und Kriegsverbrecher gelten heute im „demokratischen Estland“ als Freiheitskämpfer gegen eine angebliche sowjetische Besatzung, deren Denkmäler systematisch geschleift werden.

6. Ukraine: Zur Vorgeschichte der „orangenen“ Revolution


Die von der NATO forcierten und inszenierten Kiewer November-Dezember-Ereignisse vor einem Jahr haben eine Situation verdeutlicht, deren Ursachen im Ausland weitgehend unbekannt sind.

Die Ukrainer blickten auf eine komplizierte Geschichte zurück. Von allen Völkern der früheren UdSSR brauchten sie am längsten, bis sie 1945 in der zweitgrößten Sowjetrepublik zusammengeschlossen waren. Dieses Land hatte etliche Eroberer gesehen: Polen, Türken, Mongolen und andere Khane, Schweden, Ungarn, Österreicher, Rumänen, Deutsche, sogar Engländer und Franzosen. Am längsten litt es unter polnischer Adelherrschaft. Seit dem 11. Jahrhundert wurden von ihr schrittweise Gebiete bis östlich des Dnjepr annektiert. Um die Ukrainer der russisch-orthodoxen Kirche zu entreißen, schuf der Papst 1596 die griechisch-katholische Kirche. Niemals Mehrheitskirche, verfügte sie doch über beträchtlichen Einfluss. Sie verlieh ihren ukrainischen Gläubigen ein Gefühl moralischer Privilegierung gegenüber ihren orthodoxen Landsleuten, sodass sie sich schon damals dem „westeuropäischen Kulturkreis zugehörig“ fühlen durften. 1946 wurde diese Kirche von der Sowjetmacht aufgelöst, nach dem Untergang der UdSSR aber sofort reaktiviert. Ihrer Stärkung diene auch der Besuch des polnischen Papstes in Lwow, nachdem es ihm nicht gelungen war, die orthodoxe Kirche an Rom zu binden. Deren Geistlichkeit war daher nicht zufällig im „orangenen“ Kiew auf der Tribüne präsent.


Unter den Polen kam es zu weitreichenden sozialen Strukturveränderungen. Der Adel verhinderte die Her-



ausbildung eines sich emanzipierenden Städtebürgertums. Diese Funktion übernahmen von den Herrschenden direkt abhängige Juden, die in den Städten oft mehr als die Hälfte der Einwohner ausmachten. Vertreter dieser Bevölkerungsgruppe verwalteten die Güter ihrer polnischen Herren, trieben für sie Geld und Abgaben ein, forderten Arbeitsleistungen ab, besaßen die meisten Handelseinrichtungen, Handwerksbetriebe, Versicherungen, Banken und Unternehmen, waren führend beim Kauf und Verkauf landwirtschaftlicher Produkte und als Wirtshauspächter überall zugegen. Ukrainer, die hinter dem Dnjepr als Kosaken ein ungebundenes Leben führen wollten, flohen nicht zuletzt vor diesen Gläubigern. Zudem stellten Juden hier den größten Teil der Intelligenz, mit dem die schwache ukrainische Intelligenz nicht konkurrieren konnte.



Sie unterhielten zu Ukrainern oft sozialökonomisch brisante Kontakte und galten dadurch als Personifizierung polnischer Fremdherrschaft. Von vielen ukrainischen Bauern, Handwerkern und Händlern wurden sie als Existenzbedrohung empfunden.



Dabei ging die Tatsache unter, dass es natürlich auch nicht wenige jüdische Arbeiter und Kleinbürger gab. Der latente Antisemitismus, der historische Wurzeln hatte, führte dazu, dass in der Westukraine die meisten Pogrome an Juden in der Zeit vor dem Holocaust stattfanden. Beim Volksaufstand unter Bogdan Chmelnitzki im 17. Jahrhundert, der den Rückzug der Polen aus der Ukraine einleitete, kam es zum bisher größten Massaker an Juden in Europa nach dem Mittelalter (100 000 Tote).

Nach 600 Jahren musste Polen das Feld dem erstarken Russland überlassen, gegen das sich im 19. Jahrhundert eine kleinbürgerlich-nationalistische Bewegung herausbildete. Zentrum des ukrainischen Nationalismus wurde und blieb bis heute das damals von Österreich

annektierte Ostgalizien (Südwestukraine um die Stadt Lwow). Da Wien dem Zaren weitere Gebiete abnehmen wollte, wurden ukrainische Nationalisten besonders gefördert.

Die Oktoberrevolution machte die politische Teilung der Ukraine offensichtlich. Während in der Ostukraine mit ihrer starken Arbeiterklasse die Sowjetmacht schnell errichtet werden konnte, ergriffen im kleinbürgerlich dominierten Westen Nationalisten die Macht. In den Revolutions- und Bürgerkriegsjahren wurden in der Ukraine allein 70 000 Juden durch Nationalisten und andere Weißgardisten ermordet. Hunderttausende von ihnen flohen nach Polen und Westeuropa. 1920 hatte die Sowjetmacht in den meisten ukrainischen Gebieten gesiegt, doch annektierte Polen ein Drittel der Westukraine, die ČSR die Karpato-Ukraine und Rumänien die Nordbukowina.


Die sich nun an Deutschland orientierenden Nationalisten schufen die faschistische OUN und verfügten nicht nur über großen Einfluss in der polnischen, sondern auch in der sowjetischen Westukraine. Daher war bis 1936 nicht Kiew, sondern das ostukrainische Char'kow Hauptstadt der Sowjetukraine. Mit der Rückgewinnung der polnischen Westukraine 1939 bekam die UdSSR zusätzliche Probleme. In diesem dicht besiedelten Gebiet verfügte die OUN unter Stefan Bandera nicht nur über die meisten Mitglieder und Anhänger, sondern auch über eine feste soziale Basis, die in der kapitalistischen Zwischenkriegszeit noch angewachsen war: Handwerker, Händler, Großbauern, Angehörige der Intelligenz, kleine Unternehmer usw. Sie wollten keine sozialistische, sondern eine bürgerliche Ukraine. Sie widersetzten sich auf vielfältige Weise vor allem der Kollektivierung in der Landwirtschaft. Die Sowjetorgane siedelten daher etwa

200 000 Ukrainer, vor allem bourgeoise und antisowjetische Kräfte, aus der Westukraine aus. Leitende Positionen wurden Ostukrainern, Russen und nicht zuletzt jüdischen Kommunisten übertragen. Auch das verstärkte den Hass vieler Westukrainer auf die Sowjetmacht. Als Monate später die UdSSR von den Nazis überfallen wurde, empfing man deren Truppen vielerorts mit Brot und Salz.



Ukrainer beteiligten sich nicht nur an faschistischen Massenmorden, sondern initiierten sie auch. Sie betrafen Juden (etwa 800 000 Tote), Russen und Kommunisten, aber auch polnische Sowjetbürger (100 000 Tote). Zu ihrem Ehrekodex gehörte „naher körperlicher Kontakt“ mit den Opfern, sodass sie vor allem mit Knüppeln, Eisenstangen, Äxten und Messern töteten. Viele ihrer Opfer waren Frauen und Kinder. Gefangene Sowjetsoldaten, Staats- und Parteifunktionäre, Partisanen und andere Anhänger der Sowjetmacht wurden auch mit kochendem Wasser umgebracht.

Der Vormarsch der Roten Armee vertrieb die meisten ukrainischen Faschisten, die sich inzwischen in der UPA (Ukrainische Aufständischenarmee) zusammengeschlossen hatten. Nach Polen geflohene UPA-Leute wurden in jahrelangen Kämpfen von der dortigen Volksarmee vernichtet. Andere setzten sich nach Westeuropa ab, vor allem in die BRD. Von hier aus nahmen sie mit massiver amerikanischer Hilfe die subversive Tätigkeit gegen die Sowjetukraine wieder auf.

Nur durch konzentrischen militärischen Einsatz konnten die faschistischen Untergrundkämpfer schließlich unschädlich gemacht werden. Etwa 500 000 Ukrainer (UPA-Leute, ihre Anhänger und Helfer) wurden danach in Straflager deportiert. Dennoch vermochte die Sowjetmacht nicht alle ukrainischen Kriegsverbrecher,



Judenmörder und Kollaborateure zu ergreifen. Der Nationalismus in den Westgebieten war auch in den folgenden Jahren lebendig und fand besonders in Krisenzeiten wieder Gehör. Mit der Perestroika witterten seine Träger Morgenluft. Im November und Dezember 2004 standen UPA-Leute wieder stolz in ihren schwarzen Uniformen und mit blutbefleckten Fahnen auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz, um den vom „Westen“ ausgegebenen Parolen zu folgen.



7. Józef Piłsudskis Vision


Warum traten während der „oranzen“ Dezemberereignisse 2004 in Kiew ausgerechnet die Staatspräsidenten Polens und Litauens als westliche „Vermittler“ aus? Gibt es zu diesen Ländern traditionell besonders freundschaftliche Bande? Wohl kaum.

Die Ukraine war immer Hauptziel polnischer und litauischer Feudalexpansion.



Das Großfürstentum Litauen hatte bis zum 15. Jahrhundert die gesamte Ukraine mit Ausnahme des moslemischen Südens erobert. Polen drang weit in die Südwestukraine vor und machte sogar Moldawien bis zum Schwarzen Meer von sich abhängig. Stolz wird daher auch heute noch von einem „Polen von Meer zu Meer“ gesprochen. Durch Personalunion zwischen Polen und Litauen kam es seit dem 14. Jahrhundert zur Vereinigung der beiden osteuropäischen Mächte. Mit der Polonisierung des litauischen Adels dominierte Polen im gemeinsamen Staat. Später wurde die eroberte Ukraine dem Königreich Polen zugeordnet, während die Litauer belorussische und westrussische Gebiete behielten. Dieses gewaltige Staatsgebilde (Rzeczpospolita) reichte auf dem Höhepunkt seiner Entwicklung im 17. Jahrhundert bis kurz vor Moskau.

Die polnische Ostexpansion hatte ihren Preis. Seit Beginn seiner Staatlichkeit hatte sich Polen starker deutscher Nachbarn (Reich, Brandenburger, Kreuzritter) zu erwehren. Unter großen Mühen hielt es diesem Druck stand, verlor aber ein Drittel seines ursprünglichen Staatsgebietes. Polen setzte auf ein weiteres Vordringen nach Osten in der Annahme, mit den Russen leichtes Spiel zu haben.

Doch die Bäume der polnischen Feudalherren wuchsen nicht in den Himmel.



Als Polen zu Beginn des 17. Jahrhunderts sogar Moskau einnahm, erhob sich das russische Volk und warf die Interventen zurück. Auch das ukrainische Volk leistete Widerstand. Mitte des 17. Jahrhundert kam es zum Aufstand unter Bogdan Chmielnicki, wodurch Russland die Hälfte der Ukraine einnehmen konnte. Dieser Aufstand symbolisierte zugleich den Beginn grundsätzlicher Veränderungen im osteuropäischen Kräfteverhältnis: Russland stieg zur Großmacht auf. Polen, das sich auch noch mit Schweden angelegt hatte, wurde von den Türken bedrängt und musste auch ihnen einen Teil der Ukraine überlassen. Die polnischen Großmachtträume in Osteuropa waren ausgeträumt, die Rzeczpospolita befand sich im Niedergang. Nun griffen neben Russland auch Preußen und Österreich zu und teilten Polen zwischen 1772 und 1795 unter sich auf. Die polnische Feudalarroganz schlug auf ihre Urheber zurück: 200 Jahre nach der Besetzung Moskaus durch polnische Truppen war Warschau zu einer russischen Provinzstadt herabgesunken. Litauen und der größte Teil der Ukraine befanden sich in der Hand des Zaren.



Ein Drittel der Westukraine (Ostgalizien) war den Österreichern zugefallen. Hier hatte die griechisch-katholische Kirche volle Handlungsfreiheit, konnten sich die ukrainische nationale Bewegung gegen Russland und die polnische Bevölkerungsminderheit entfalten. Von ihr wurde ein ukrainischer Staat auf Kosten Russlands angestrebt. Im österreichischen Westgalizien (Südostpolen mit Kraków) hatte der rechte Sozialdemokrat Józef Piłsudski zu Beginn des 20. Jahrhunderts ähnliche Träume. Selbst dem polonisierten litauischen Adel entstammend und bei Wilno (Vilnius) geboren, hielt er an den imperialen Traditionen Polens fest. Seine seit 1908 mit österreichischer Hilfe aufgestellten Verbände sollten den


Russen nach einem Weltkriegssieg nicht nur den größten Teil Polens abnehmen, sondern Litauer, Belorussen und Ukrainer zu einer Föderation unter polnischer Ägide bewegen. Diesen Plan empfanden die polnischen Rechten als abenteuerlich und bestanden im Wesentlichen auf der Linie von 1772. Nach seinem Krieg gegen die junge Sowjetmacht, die er als Staatsführer inszeniert hatte, musste sich Piłsudski 1921 mit noch weniger begnügen. Obwohl für die ukrainischen Nationalisten Polen neben der UdSSR der Hauptfeind war, beharrte Piłsudski auf seinen Vorstellungen. Nach ihnen musste die Sowjetunion früher oder später zerfallen. Er war davon überzeugt, dass Nationalisten in den Republiken an die Macht kommen würden.

In diesem Fall sollte Polen zur Stelle sein und die Ukraine, Belorussland und Litauen politisch und wirtschaftlich an sich ziehen. Doch vorläufig verlief die Geschichte anders: 1939 verlor Polen alle ukrainischen und belorussischen Gebiete. Ende 1945 lebten sämtliche Ukrainer dann erstmals in einem Staat, der zweitgrößten Sowjetrepublik. Viele Polen wurden aus- und in den neuen polnischen Nord- und Westgebieten angesiedelt.


Nach dem Zerfall der UdSSR schien sich die anti-russische Prognose von Piłsudski zu bestätigen. Als Juschtschenko die Ukraine praktisch vom russischen Einfluss trennen wollte, witterte man in Warschau Morgenluft. Die meisten Polen sind nach neuesten Umfragen für eine „demokratische Ukraine“. Viele von ihnen glauben auch, dass sie mit einer „europäischen Ukraine“ die Probleme der brisanten EU-Ostgrenze los wären. Die meisten polnischen Werktätigen ahnen indes nicht, dass der legale Zustrom billigster Arbeitskräfte aus dem östlichen 40-Millionen-Volk ihre ohnehin schwere Lage dramatisch verschlechtern würde.

8. Sowjetisch-Mittelasien heute


Die heutigen mittelasiatischen Republiken reichen von Sibirien bis an das Himalaja-Massiv, von der chinesischen Grenze bis ans Kaspische Meer, haben gemeinsam die Fläche Westeuropas und fielen bis zum 19. Jahrhundert als Gouvernment Turkestan an Russland. Bis auf die Turkmenen hatten sich die hiesigen Herrscher widerstandslos Russland angeschlossen, wofür sie ihre Privilegien behalten konnten. Daher hielt sich hier der Feudalismus bis zur Oktoberrevolution. Da es hier keine starke Bourgeoisie gab, konnten die Bolschewiki schnell die Menschewiki, Sozialrevolutionäre und nationalistische Gruppierungen bis Anfang 1918 aus den Städten vertreiben. Dann erhob die Konterrevolution ihr Haupt. Britische Truppen drangen im Südwesten vor und rebellierende tschechoslowakische Einheiten unterstützten die Weißen im Nordwesten. Die Rote Armee und Partisanen aus allen Völkerschaften – unter ihnen legendäre Kämpfer wie Wassili Tschapajew und Michail Frunse – kämpften gegen die weißgardistischen Truppen von Koltshak, Annenkow, Tolstow, Dutow und des Emirs von Buchara und besiegten sie. 1920 waren alle in- und ausländischen Sowjetfeinde vertrieben. Der Aufbau des Sozialismus begann faktisch aus dem Feudalismus heraus, was größere Probleme als anderswo mit sich brachte. Dazu musste die Macht der moslemischen Mullahs und Beis gebrochen werden, die noch auf dem Land herrschten und viele Menschen in absoluter Abhängigkeit hielten. Von ihnen ging der Terror gegen die Sowjetmacht aus. Allein das Ablegen des Schleiers kostete Tausende von Frauen das Leben. In den Südregionen Turkestans kämpften bewaffnete Konterrevolutionäre (Basmatschen) noch bis in die 30er-Jahre mit




brutaler Gewalt gegen die Anhänger der Sowjetmacht. Erst als jene liquidiert oder in Straflager geschickt worden waren, konnten die Menschen hier ihr schweres, aber hoffnungsvolles Leben ruhig fortsetzen. Bis 1936 entstanden in Mittelasien sozialistische Sowjetrepubliken mit den heutigen Grenzen. Die Sowjetgesellschaft veränderte das Gesicht Mittelasiens wie nie zuvor in der Geschichte. Nach großen Schwierigkeiten bei der Industrialisierung und Kollektivierung der Landwirtschaft machten jene Völker auch kulturell einen Sprung nach vorn, der in Asien seinesgleichen sucht. Der Analphabetismus wurde beseitigt und eine Vielzahl von Schulen und Hochschulen errichtet. Auch der Lebensstandart hatte sich dermaßen erhöht, dass er heute noch bevorzugtes Gesprächsthema ist.



Der Untergang der Sowjetunion kam für die Völker Mittelasiens völlig überraschend und auch ungewollt. Zwar gab es ab und zu vermeintliche und wirkliche nationalistische Tendenzen, doch eine antisowjetische Massenbewegung gab es seit den Basmatschen nicht mehr. Für eine „staatliche Unabhängigkeit“ votierte kaum einer. Daher stimmten fast alle sowjetischen Mittelasiaten beim Referendum für den Erhalt der UdSSR. Gorbatschows Perestroika war hier unbeliebt, und der sogenannte Augustputsch 1991 wurde zumeist wohlwollend kommentiert. Eine Ausnahme machte der kirgisische Parteisekretär und später als Präsident gestürzte Askar Akajew. Dieser „Demokrat“ ruinierte sein Land, füllte sich kräftig die Taschen und räumte den USA einen Stützpunkt ein. Die Parteisekretäre der anderen Republiken konstituierten selbständige Staaten, da der neue starke Mann in Moskau, Jelzin, an einer neuen Union nicht interessiert war. Nun kamen die Schwierigkeiten zuhauf. Mittelasien war zwar reich an Rohstoffen, verfügte aber kaum über





verarbeitende Industriestrukturen und war jetzt wie abgeschnitten: Von der Union kamen über Jahrzehnte Importe fast aller Art und enorme Subventionen. Alles musste neu angegangen werden. Hierzu ging jede Republik einen anderen Weg. In Kasachstan und Kirgistan wurden die Kommunistischen Parteien aufgelöst, in Turkmenistan und Usbekistan umbenannt und dann im Charakter verändert. Einzig die Kommunisten Tadschikistans hielten zusammen, da die Nachfolger der Basmatschen überraschend zur Schaffung eines Gottesstaates ansetzten und dem Land einen Bürgerkrieg bescherten. Der kasachische Parteisekretär setzte auf eine Präsidialdiktatur mit einer ihn unterstützenden Bewegungspartei, wodurch auch andere – vorwiegend bürgerliche – Parteien entstanden. Die kasachischen Kommunisten organisierten sich neu, erreichten bei Wahlen durchschnittlich 20 Prozent. Sie wurden zweitstärkste – in einem Drittel des Staatsgebietes sogar stärkste – politische Kraft. Usbekistan, Kasachstan und Kirgistan setzten nun auf „Marktwirtschaft“. Im rohstoffreichsten Land Mittelasiens – Kasachstan – konnte nach tiefen Krisen der höchste Lebensstandard in der Region erreicht werden. Er liegt aber immer noch unter dem sowjetischen Niveau. Im Gegensatz zu Tadschikistan, Usbekistan und Kirgistan gibt es in Kasachstan mit seinen über 100 Nationalitäten keine politischen oder ethnischen Konflikte, was das Land für Investoren attraktiv macht. Turkmenistan – früher sozialökonomisch das Schlusslicht der UdSSR – hat offensichtlich die günstigste gesellschaftliche Variante gewählt. In diesem rohstoffreichen Land dominiert das staatliche Eigentum und daher wird für soziale Belange viel ausgegeben: Gas, Strom, Wasser gibt es kostenlos, jeder erhält zwei Monate bezahlten Urlaub usw. Auch Lebensmittel sind hier billiger als sonst in Mittelasien. Das ist beachtlich, bedenkt

man, dass hier die Arbeitsproduktivität am niedrigsten in Mittelasien ist.

Bilderstürme und „Abrechnungen“ mit der sowjetischen Vergangenheit wie es sie in anderen Teilen der UdSSR gegeben hatte, fanden hier nicht statt. Lenin-Denkmäler gibt es noch viele, wenngleich nicht mehr auf allen Hauptplätzen. Viele Straßen sind noch nach russischen und einheimischen Kommunisten benannt und Veteranen tragen täglich stolz ihre sowjetischen Auszeichnungen. Keiner wird wegen seiner sowjetischen Biographie benachteiligt oder gar verfolgt und eine Hysterie gegen die Sicherheitsorgane ist hier den Leuten fremd.

Obwohl das Leben hier immer noch schwer ist, haben doch diese Republiken – außer Kirgistan – und selbst das vom Bürgerkrieg heimgesuchte Tadschikistan ihren Tiefpunkt überwunden und sich stabilisiert. Auch das ist – wenn man so will – ein Verdienst der alten Nomenklatura, die nicht alle Blumen sprießen ließen. Man hatte es auch verstanden, einer Politisierung des Islam entgegenzuwirken und ihn in den weltlichen Staat einzubinden. Lediglich in Tadschikistan bilden die Moslems eine ernst zunehmende politische Kraft, die aber inzwischen zu parlamentarischen Formen gefunden hat. In Südsibirien nutzen verschiedene Kräfte – nicht nur Fundamentalisten – permanent die Konzentration von verschiedenen Völkerschaften und sozialökonomischen Problemen zu destabilisierenden Aktionen.

Die politischen Verhältnisse in dieser Region boten für den Westen bisher keinen Grund zum Tadel. Doch mit zunehmender Stabilisierung der Verhältnisse in Mittelasien wird vom Westen verstärkt die Forderung nach „Demokratie“ erhoben, besonders für die rohstoffreichen Republiken Usbekistan, Turkmenistan und Kasachstan. Kasachstan mit strategischer Lage zwischen China und

Russland, seiner fast völlig privatisierten Wirtschaft und zumeist bürgerlichen Parteien ist hierfür ein bevorzugtes Ziel: Den USA und einigen westeuropäischen Kreisen sind die guten Beziehungen Kasachstans zu China und besonders zu Russland ein Dorn im Auge. In Mittelasien ist man überhaupt anders als im Baltikum, Kaukasus und der Westukraine prorussisch eingestellt. Die Freundschaft zum großen Nachbarn im Norden wird oft hervorgehoben und der Zerfall der UdSSR allgemein bedauert. Russland hat zudem mit 38 Prozent den 1. Platz beim kasachischen Import und den dritten beim Export. China nimmt hier den 4. Platz bei Investitionen und beim Export sowie den dritten beim Import ein. Besonders das Ölgeschäft mit China läuft gut. Kasachstan wird also kaum etwas tun, was Russland und China verärgern könnte. Das ist nicht einfach, denn die USA haben ihr strategisches Interesse an Kasachstan bekundet und sind mit 37 Prozent der größte ausländische Investor. Wie in der Ukraine und Georgien ginge es den USA vor allem um einen Wechsel der außenpolitischen Orientierung Kasachstans. Die kasachische Präsidentenwahl im Dezember 2005 zeigte, dass es sehr wohl politische Kräfte im Land gibt, die bereit wären, eine – wie man hier sagt – „bunte Revolution“ anzuzetteln. Doch vorläufig sind sie noch zu schwach und der kasachische Staat ist wachsam.

9. Der Vater aller Turkmenen – Turkmenbaschi

Von Turkmenistan (zur Sowjetzeit als Turkmenien bezeichnet) hört man fast nichts, bestenfalls vom Personenkult um Präsident Nijasow. Kaum bekannt ist, dass Turkmenistan unter seiner Führung im Vergleich zu den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken besonders weich in die „Unabhängigkeit“ gefallen ist, seine Wirtschaft prosperiert und die Bevölkerung weitgehend davon profitiert.

Saparmurad Nijasow wurde am 12. Dezember 1940 in Aschchabad in einer Arbeiterfamilie geboren. Der Vater fiel im Großen Vaterländischen Krieg, die Mutter kam 1948 bei einem Erdbeben ums Leben, sodass er in einem Waisenheim und bei Verwandten aufwuchs. Mit 22 Jahren trat er der KPdSU bei. Nach dem Abschluss des Polytechnischen Instituts in Leningrad arbeitete er als Ingenieur im turkmenischen Wasserkraftwerk Besmejnsk. 1970 war Nijasow als Angestellter, dann als stellvertretender Leiter im Parteiapparat tätig. 1976 absolvierte er die Parteihochschule des ZK der KPdSU in Moskau. 1979 bis 1980 war er Abteilungsleiter im ZK der turkmenischen KP (KPT) und bis 1984 leitete er die Parteiorganisation der Hauptstadt. Hier bekam seine Karriere einen Knick, denn seit 1984 war er wieder Angestellter im Parteiapparat. Seinen weiteren und rasanten Aufstieg hatte er der Perestroika zu verdanken. 1985 wurde er Ministerpräsident der Turkmenischen SSR (TSSR) und durch Gorbatschow 1. Sekretär der KPT. Seit 1986 war er Mitglied des ZK der KPdSU und 1990 wurde er Politbüromitglied.

Im Oktober 1990 wurde er zum Präsidenten der TSSR gewählt. Während des „Augustputsches“ 1991 verhielt er sich abwartend. Anschließend verbot er jegliche

Tätigkeit politischer Organisationen in den bewaffneten Organen. Eine Sympathiekundgebung der Jelzin-Anhänger hingegen ließ er im September auseinanderjagen. Im Gegensatz zu anderen Sowjetrepubliken wurde die Kommunistische Partei in Turkmenistan nicht verboten oder aufgelöst. Im August 1991 beschloss das ZK der KPT den Austritt Nijasows aus dem Moskauer Politbüro und die Trennung der Partei von der KPdSU. Im Oktober wurde die Unabhängigkeit Turkmenistans proklamiert. Auf dem XXV. Parteitag der KPT im Dezember 1991 wurde die Partei in Demokratische Partei (DPT) umbenannt und Nijasow zu ihrem Vorsitzenden gewählt. In der DPT fanden sich Mitglieder und Strukturen der KPT wieder. In einer Direktwahl wurde 1992 Nijasow ohne Gegenkandidaten in seinem Präsidentenamt bestätigt. Das vom Parlament verabschiedete Präsidialsystem räumte ihm weitgehende Vollmachten ein und bestimmte ihn gleichzeitig zum Ministerpräsidenten. Im Januar 1994 wurde durch ein Referendum seine Amtszeit bis 2002 verlängert und 1999 ließ er sich durch das Parlament zum Staatschef auf Lebenszeit ernennen. Nijasow wurde der Titel „Turkmenbaschi“ und als Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Dienstgrad eines Armeegenerals verliehen. Seinen Namen tragen Betriebe und Institutionen, der Lenin-Allee wurde nach ihm umbenannt, statt des Lenin-Denkmal in der Hauptstadt steht jetzt dort seine Büste und auch das turkmenische Geld wird durch sein Antlitz geschmückt. Die andere Hauptmagistrale, der Karl-Max-Allee wurde jedoch nicht umbenannt. Sein politisches System gilt in den bürgerlichen Medien als autoritär. Die DPT ist die einzige im Lande zugelassene Partei. Alle anderen politischen Parteien und Organisationen (ausnahmslos bürgerliche Perestroika-Parteien) wurden verboten. Durch die Umbenennung der KP gibt es nicht nur keine juristisch-

organisatorische, sondern vorläufig auch keine politische Notwendigkeit für eine kommunistische Neugründung. Im Prinzip sind alle Kommunisten in der DPT organisiert und unterstützen ihren Präsidenten und Parteivorsitzenden. Dazu haben sie gegenwärtig auch allen Grund, denn im Gegensatz zu allen anderen Regionen der Ex-UdSSR findet in Turkmenistan kein nationaler Ausverkauf statt. Turkmenistan verfügt für seine fast 5 Millionen Einwohner über ein gewaltiges Wirtschaftspotential: Ölreserven von nachweisbar 546 Mio. Barrel und Gaslagerstätten mit 7,4 Billionen Kubikmetern, die siebentgrößten Gasreserven der Welt, Schwefel und Natriumsulfat. Die Petroleumproduktion läuft gut an, inzwischen gibt es eine eigene Raffinerie. Andere GUS-Staaten stehen mit über 2 Mrd. Dollar bei Turkmenistan in der Kreide. Öl und Gas zu exportieren, war bislang das Hauptproblem. Doch inzwischen gibt es eine Pipeline durch den Iran und andere nach Westeuropa sind in Arbeit. Der Krieg der Amerikaner in Afghanistan wurde in erster Linie auch um die Pipeline geführt, die aus Turkmenistan durch Pakistan zu den US-Schiffen führen sollte. Zudem exportiert das Land noch Erdölprodukte, Baumwolle und Textilien. Auf den bewässerten Kulturlächen gedeihen hervorragend Gemüse und Obst, vor allem Melonen. Gegenwärtig entwickelt sich daher eine moderne Lebensmittel verarbeitende Industrie. Nijasow lässt sich trotz seiner guten Handelsbeziehungen zu den USA nicht unter Druck setzen. So weigert er sich, dem Westen genehme „wirtschaftliche und demokratische Reformen“ durchzuführen. Die Wirtschaft steht unter starker staatlicher Kontrolle. Der Besitz an Grund und Boden wird Ausländern streng verweigert. Alle Rohstoffe sind Staatseigentum, und auch die Förderung und Verarbeitung sind fest in staatlicher Hand. Andere Bereiche sind zur Privatisierung teilwei-

se freigegeben, vor allem in Form von Jointventures mit turkmenischen Mehrheiten. Davon sind ausländische Investoren allerdings nicht erbaut, denn wenn ihr Einfluss zu mächtig wird, werden sie kurzerhand nationalisiert. Daher wurden 2000 wegen der „undemokratischen Politik“ Kredite der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung eingefroren. Das stört die turkmenische Führung nicht besonders, die zudem an einer strikten Neutralität festhält und dennoch den Draht nach Moskau nicht abreißen lässt. An wirtschaftlichen und militärischen GUS-Verträgen ist das Land nicht beteiligt, da es von Russland ohnehin keine effektive Hilfe zu erwarten hat und von Moskau beim Erdölgeschäft zu oft übers Ohr gehauen wurde. Dennoch schützen auch russische Grenztruppen die Grenzen zum Iran und Afghanistan. Eine weitsichtige Entscheidung, um Störenfriede abzuhalten und sich notfalls andere Optionen offenzuhalten. Das russische Offizierskorps sympathisiert hier offen mit dem Turkmenbaschi. Jenem ist es auch gelungen, den Exodus der Russen aus Mittelasien bei sich aufzuhalten. Von 12,6 Prozent (1979) sind heute noch 9,8 Prozent vor allem als Spezialisten in allen Bereichen (und Leitungsebenen nach den Turkmenen) tätig. Sie erhielten die doppelte Staatsbürgerschaft und leben zumeist besser und sicherer als in Russland. Die Gegner Nijasows sind zwar sehr schwach, haben aber mächtige westliche Verbündete. Beim turkmenischen KGB wird Fraktur geredet. Der Unterricht westlicher Fremdsprachen ist inzwischen abgeschafft worden. Kein Turkmene darf ein ausländisches Stipendium annehmen. Private Kopiergeräte sind verboten. Ausländer und jeglicher Kontakt mit dem Ausland sowie das Internet werden überwacht. So will sich Nijasow gegenüber westlichem Einfluss wehren. In diesem Sinne nutzt er auch geschickt die Religion. Gegen den islamischen

Klerikalismus hat Nijasow klug vorgebaut, obwohl von seinen oberflächlich-religiösen Sunniten keine Gefahr droht. So hat er seinen Eid auf den Koran abgelegt, sich zum obersten Beschützer des Islam ernannt und sogar eine Reise nach Mekka angetreten. Sein „offizieller Islam“ wirkt jeglicher Klerikalisierung entgegen. Sosehr sich Nijasow als geschichts- und traditionsbewusster Turkmene gibt, die feudalistisch-konterrevolutionäre Basmatschen-Bewegung (1920-1932) wird nicht rehabilitiert.

Die Bevölkerung steht fast geschlossen hinter Nijasow. Die politische Situation ist stabil und kontrollierbar. Es herrscht eine hohe gesellschaftliche Disziplin und Gesetze werden geachtet. Man merkt, dass es vorwärts geht und auch der Einzelne lebt besser als anderswo in der GUS. Nirgendwo wird so viel gebaut und nach Möglichkeit Arbeitsplätze geschaffen wie in Turkmenistan. Die staatliche Planwirtschaft macht sich bezahlt. Der Staat hat genügend Geld für sozialpolitische Maßnahmen. Seit 1993 ist monatlich pro Kopf bis zu 25 Kilowatt Elektrizität, Erdgas bis 50 Kubikmeter und Trinkwasser bis zu 250 Liter kostenlos. Nur der Mehrverbrauch ist kostenpflichtig. Die Lebensmittelpreise sind die niedrigsten in der ganzen GUS. Jeder Werktätige erhält in der heißesten Jahreszeit zwei Monate bezahlten Urlaub. Jeder Bürger darf jetzt bis zu 12 ha Land besitzen, um es in seiner Freizeit als Gartenland zu bearbeiten. Der Staat stellt auch genügend Mittel zur Unterstützung bedürftiger Familien und für Arbeitslose bereit usw.


Alles in allem macht der Turkmenbaschi mit seiner nationalen und sozialökonomischen Politik gegenüber den anderen GUS-Führern keine schlechte Figur, auch wenn – ausnahmslos bürgerliche – Menschenrechtgruppen ihn als Diktator verteufeln.

10. Kasachstan: Vom Feudalismus über den Sozialismus zum Kapitalismus



Am 16. Dezember 1991 wurde einige Tage vor der offiziellen Auflösung der UdSSR die unabhängige Republik Kasachstan ausgerufen. Damit war erstmalig in der kasachischen Geschichte ein selbständiger und einheitlicher kasachstanischer Staat geschaffen worden, der zudem ein Territorium aufwies, über das kein nicht sowjetisches kasachisches Staatswesen je verfügt hatte. Die Grenzen des neuen Kasachstans waren identisch mit denen der Kasachischen Sozialistischen Sowjetrepublik.

Diese Unabhängigkeit war von den meisten Kasachstanern (Kasachen und die anderen über 100 Nationalitäten) weder vorausgesehen noch erwünscht worden. Daher war Kasachstan auch das letzte mittelasiatische Land, das seine Unabhängigkeit deklarierte. Präsident Nasarbajew hatte bis zuletzt versucht, eine wie auch immer geardete Union mit Russland einzugehen. Doch Jelzin wollte das angebliche bodenlose Subventionsfass in Mittelasien aus finanziellen Gründen loswerden. Das war wohl einer der entscheidenden historischen Fehler, die Jelzin in seiner Amtszeit begangen hat. Mit seinem Slogan „Nehmt Euch so viel Souveränität wie möglich“ hatte er die zu enger Zusammenarbeit willigen Mittelasiaten empfindlich vor den Kopf gestoßen und zu einer anderen Alternative gezwungen. Die meisten Kasachstaner wachten gewissermaßen in der Unabhängigkeit und im Kapitalismus auf, denn für beides gab es vorher keine ersichtlichen Bestrebungen. In Kasachstan hatte demnach eine gewaltlose bürgerliche Konterrevolution „von oben“ stattgefunden.


Dieser Wandel konnte nur durch die Lobpreisung der staatlichen Unabhängigkeit abgesichert werden. Für




die kasachstanische Führung bestand nun das schwierige Problem, eben jene Unabhängigkeit aus einer Entwicklungslinie herzuleiten, die es nicht gab. Es wird daher ein Geschichtsbild vermittelt, das in sich nicht stimmig und widersprüchlich ist. Zudem gibt es erhebliche Probleme mit der wissenschaftlichen und historiografischen Einordnung. So sagte z. B. Sara Nursapajewa, eine kasachische Historikerin von der Akademie der Wissenschaften: „In den Jahren 1458 bis 1462 sammelten die Sultane Girei und Dshanibek unzufriedene Untertanen Abul-Hairs um sich und zogen mit ihnen in die Steppe, um dort frei von Unterdrückung zu leben. Dies gilt als der Beginn der kasachischen Nation, obwohl es noch sehr lange gedauert, bis ein kasachischer Staat in unserem heutigen Sinn entstanden ist.“ Hier wird die historische Reihenfolge von Stamm – Stammesverband – Volk – Nationalität – Staat – Nation einfach unterschlagen. Jene Jahre können bestenfalls als Beginn der Herausbildung des kasachischen Volkes gelten. Vor dem Anschluss an Russland im 18. Jahrhundert hatte es auch noch keine kasachische Nation, sondern bestenfalls einige über die Entwicklung als Volk hinausgehenden Ansätze einer Ausprägung als Nationalität gegeben.



Problemlos lässt sich das Mittelalter bis in die Neuzeit (1731) darstellen, wobei der Eindruck entsteht, dass es sich hier um ein „goldenes Zeitalter“ gehandelt hätte. Dieser Eindruck ist aber falsch, denn die Khanate waren trotz zeitweiliger Stabilisierung schwach, die kasachischen Stämme und Stammesverbände nicht zu einem Volk vereinigt und ihren äußeren Feinden fast aussichtslos ausgeliefert. Diese kritische Sicht geht weitgehend unter, sodass der seit 1731 schrittweise erfolgte Anschluss an Russland unverständlich bleibt oder Raum für vom historischen Tatbestand weit abgehobene Spekulationen und Interpretationen lässt.



Den Anschluss Kasachstans an Russland als Kolonialpolitik zu bezeichnen, wird zwar von den Nationalisten gern aus propagandistischen Gründen ins Feld geführt, ist aber von historischen Tatsachen kaum gedeckt. Eine Kolonisierung wie sie die westlichen Staaten in Afrika, Amerika und Asien betrieben, ist hier nie erfolgt. Selbst ökonomisch war diese Region kein bevorzugtes Ausbeutungsobjekt wie die Kolonien der Europäer. Zudem fand hier eine massenhafte Besiedelung durch die russische Bevölkerung statt. Kasachstan war formal integraler Bestandteil des Russischen Reiches. Die kasachischen Feudalherren (Beis) konnten ihre Privilegien bewahren, obwohl sie jetzt russische Untertanen waren. Sie hatten wie die russischen Zugang zu den Ausbildungsstätten und auch staatlichen Funktionen. Allerdings blieben die führenden staatlichen Ämter Russen vorbehalten. Im Gegensatz zu den Russen waren die Kasachen vom Wehrdienst befreit.



Für die Kasachen und ihre künftige Entwicklung hatte der Anschluss an Russland eine nicht zu unterschätzende positive historische Bedeutung. Die Entwicklung unter der zaristischen Herrschaft sicherte den Kasachen ein friedliches Leben und somit die Entfaltung als Volk, die Herausbildung einer Nationalität und den Beginn einer Nationenbildung. Ohne die Vereinheitlichung von Maßen, Münzen und Gewichten, Gesetzen, Verwaltungsstrukturen, Bildungswesen, Verkehrsverbindungen, Entwicklung von Industrie, Handel und Gewerbe usw. wäre das nicht machbar gewesen.

In jener Zeit war die russische Sprache nicht nur Amtssprache und damit Kommunikationsmittel zwischen Russen und anderen Völkern. 1911 lebten in diesem riesigen Gebiet nur 5,4 Mio. Menschen. 67,7 Prozent davon waren Kasachen. Diese 3,7 Millionen Kasachen

hatten eine sehr geringe Besiedlungsdichte (1,4 Menschen pro km²), was zur Bildung vieler Dialekte und Mundarten führte. Das ist leicht nachzuvollziehen: Bei einer Entfernung von nur 876 Kilometer zwischen dem nördlichsten und südlichsten Punkt Deutschlands könnten sich sogar bei heutiger Kommunikation und weitaus dichter Besiedelung die so entfernten Menschen kaum verständigen, wenn sie sich nur ihrer Mundart bedienten.

Russisch aber sprach man überall, sodass Händler und Angehörige der Intelligenz auf Russisch nicht verzichten konnten. So paradox es klingen mag, aber die russische Sprache beförderte die Nationalitäten- und Nationenbildung mehr als die kasachische Sprache selbst. Denn gerade durch diesen Prozess konnte auch die kasachische Sprache mit der Zeit vereinheitlicht werden und ihre Hochform erhalten. So verwundert nicht, dass die bedeutendsten kasachischen Dichter, deren Namen Straßen und Denkmäler zieren, prorussisch orientiert waren. Abai Kunanbajew (1845-1904) und Schambul Schabajew (1846-1945) waren glühende Verehrer des russischen Volkes und seiner Sprache.

Die bedeutendste nationale Erhebung der Kasachen gegen das zaristische Russland war der Aufstand von 1916. Er lässt sich aber durch die heutigen Nationalisten nicht instrumentalisieren, da der Führer des Aufstandes Amangeldy Iwanow (1873-1919) als Bolschewik (Kommunist) auch ein bedeutender Kämpfer für die Erringung und Verteidigung der Sowjetmacht war.


Der erste Versuch, im Gefolge der Februarrevolution 1917 ein bürgerliches und unabhängiges Kasachstan zu schaffen, ist mit dem Namen der Alasch-Partei verbunden. In ihr wollte die schwache nationale kasachische Bourgeoisie Kasachstan von Russland abtrennen. Demzufolge stellte sie sich gegen die sich seit dem Winter

1917/18 etablierende Sowjetmacht, die von russischen Weißgardisten ebenfalls bekämpft wurde. Britische Truppen drangen im Südwesten vor und rebellierende ehemalige tschechoslowakische Kriegsgefangene unterstützten die Weißen im Nordwesten. Die Rote Armee und Partisanen aus allen Völkerschaften – unter ihnen legendäre Kämpfer wie Wassili Tschapajew – kämpften gegen die weißgardistischen Truppen von Koltschak, Annenkow, Tolstow und Dutow. Die Alasch-Leute waren aber nicht einfach nur Nationalisten, sondern auch zum großen Teil kasachische Patrioten, die Kasachstan eine gedeihliche Zukunft wünschten. Von diesen Wünschen waren aber die russischen Weißgardisten am weitesten entfernt. Jene strebten die Wiedererrichtung des Russischen Imperiums an. Doch gerade das wollte Alasch verhindern. Die Engländer wollten eine direkte koloniale Abhängigkeit. Mit diesen Plänen konnte sich Alasch nicht anfreunden und suchte nach einem Ausweg. Hierbei stellte sie fest, dass die Sowjetmacht auch von einem großen Teil der Kasachen aktiv mitgetragen wurde. Zehntausende Kasachen kämpften in den Kavallerie-Abteilungen der Roten Armee oder bei den Roten Partisanen, darunter auch der legendäre Amangeldy. Man ist heute erstaunt, wenn man die Straßennamen nach ihrer Herkunft untersucht, wie viele Kasachen als rote Kommandeure, politische Kommissare und in anderen wichtigen Funktionen der Sowjetmacht und der Bolschewiki fungierten. Die Errichtung und Verteidigung der Sowjetmacht in Kasachstan war also nicht nur das Werk der von Moskau hierher geschickten Roten Armee und der russischen Minderheit, sondern zu einem wesentlichen Teil auch das der Kasachen. Der realistisch denkende Teil der Alasch hatte das – im Gegensatz zu heutigen Nationalisten – begriffen und lief zu den Roten über. Bis 1922 waren die Alasch-Leute sogar noch an der



Sowjetmacht beteiligt. Das Überlaufen der Alasch hat für die heutige nationalistische Geschichtsschreibung eine verheerende Wirkung. Damit war die einzige auf Lostrennung von Russland bedachte kasachische Exekutive nicht nur am Willen ihrer Landleute gescheitert, sondern hatte sich auch selbst aufgegeben. Diese kurze Traditionslinie lässt sich daher politisch-ideologisch heute nicht durch die Nationalisten verwerten.

Sowjetkasachstan brauchte etwa 15 Jahre, um sich innenpolitisch zu stabilisieren. Die Lebensbedingungen waren schon unter dem Zarismus schlecht, nicht zuletzt daher war man hier zumeist für die Revolution. Doch durch Bürger- und Interventionskriege waren die Lebensgrundlagen der Kasachstaner noch mehr erschüttert worden. Hunger wurde zu einer ständigen Erscheinung. Zudem hatte sich sozialpolitisch kaum etwas geändert. Die Maßnahmen der Sowjetmacht begannen nur sehr langsam und verspätet zu greifen. Viele, die aktiv für die Sowjetmacht gekämpft hatten, waren nun enttäuscht und wurden zu ihren erbitterten Feinden. Schon in den ersten Jahren (1920 und 1921) kam es daher zu sporadischen antisowjetischen Aufständen. Sie waren aber örtlich begrenzt, hatten nie mehr als 20 000 Kämpfer, waren vor allem von russischen Kosaken getragen und konnten schnell niedergeschlagen werden.

Der Aufbau des Sozialismus begann faktisch aus dem Feudalismus heraus, was größere Probleme als anderswo mit sich brachte. Dazu musste die Macht der moslemischen Mullahs und Beis gebrochen werden, die noch auf dem Land herrschten und viele Menschen in absoluter Abhängigkeit hielten. Die Beis hatten zwar offiziell ihre politische Macht verloren, verfügten aber nach wie vor noch über ihren Besitz, hatten dadurch die wirtschaftliche Macht und somit auch politisch das Sagen. In vielen



Fällen war es so, dass es ihnen gelang, die Vertreter der Sowjetmacht entweder einzuschüchtern bzw. mit Lebensmitteln zu korrumpieren. In nicht wenigen Fällen konnten die Beis mit ihrem Anhang nicht nur eine inoffizielle Gegenmacht zu den Sowjets, sondern vielfach auch sich selbst als einzige reale Macht etablieren. Diese Macht war zumeist eine Willkürmacht. Oft befanden allein die Beis darüber, ob eine Familie verhungerte oder leben konnte. Diese Abhängigkeiten hatten sich gegenüber vorrevolutionären Zuständen noch verstärkt. Wer da nicht mitmachte oder es wagte, sich dem entgegenzustellen, musste um seine Gesundheit, die seiner Familie oder auch um sein Leben fürchten.



Viele fragten sich, weshalb sie während der Revolution so viele Opfer bringen mussten, wenn letztlich doch etwas noch Schlimmeres herausgekommen war. Ein Großteil der Bevölkerung fing an, sich wieder nach den überschaubaren und scheinbar sicheren Verhältnissen unter dem Zaren zu sehnen. In diese Kerbe schlugen die geschlagenen Sowjetfeinde, die ein zaristisches Russland wünschten. Vor allem Russen und auch ein weitaus geringerer Teil der inzwischen aus allen Funktionen vertriebenen Alasch-Leute versuchten, den Kasachen einzuflüstern, dass ihre ursprüngliche Konzeption eines unabhängigen Kasachstans wohl der bessere Weg gewesen wäre. Die Beis selbst hielten sich offiziell mit derlei Verkündigungen zurück. Das, was sie hatten, reichte ihnen. Die meisten von ihnen wollten die sowjetische Zentralmacht nicht herausfordern.

Hätte die Sowjetmacht die Dinge sich weiter so entwickeln lassen, hätte irgendwann die Konterrevolution gesiegt bzw. wäre nur unter großen Opfern niederschlagen gewesen. Ein bürgerliches Kasachstan mit starken feudalistischen Gesellschaftsstrukturen hätte eine Entwicklung genommen, die mit Sicherheit der Pakistans

oder Afghanistan ähnlich gewesen wäre. Kasachstan wäre zum Spielball fremder Mächte geworden.

Die Oktoberrevolution war aber von den und für die „kleinen Leute“ gemacht worden und ihre sozialökonomische und kulturelle Emanzipation war angesagt und nicht die der Beis. 1928 schien der Sowjetmacht auch in Kasachstan der Zeitpunkt gekommen zu sein, die wesentlichen sozialökonomischen Reste der feudalistischen Gesellschaftsordnung zu beseitigen. In diesem Jahr wurden in einer Großaktion alle Beis enteignet und weit von ihrem bisherigen Einflussbereich deportiert. Den Beis wurden 1 250 000 ha landwirtschaftliche Nutzfläche, 1 360 000 ha Weidefläche und 145 000 Stück Vieh weggenommen. Damit waren sie innerhalb kürzester Zeit auch ihrer politischen Macht beraubt. Ihr Hab und Gut kam den armen Kasachstanern zugute bzw. bildete den Grundstock für die nun zu schaffenden landwirtschaftlichen Genossenschaften (Kolchosen). Das führte aber auch zu großen Irritationen, denn vom Privatbesitz – so klein er auch war – wollte sich kaum ein kasachstanischer Landbewohner trennen. Eine neue Enttäuschung griff um sich. Nicht wenige ehemalige Rotarmisten erklärten nun zu Recht, dass ihnen keiner diese Perspektive vor Augen geführt hatte, als sie freiwillig gegen die Weißen gekämpft hatten. Besonders den Viehzüchtern, die mit jedem ihrer Tiere auf eine ihnen eigene Weise verbunden waren, schien diese Zukunft unannehmbar. Vor allem unter der Gefolgschaft der nun auch ökonomisch entmachteten Beis rief das große Unruhe hervor. Sie mussten sich nicht nur in das sich entwickelnde neue Wirtschaftssystem eingliedern, was für viele, die der lange Arm der Beis waren, nicht nur eine völlige sozialökonomische Umstellung bedeutete. Mit der völligen Entmachtung der Beis und der nun folgenden konsequenteren Durchsetzung des sowjetischen


Rechtssystems mussten sie nun für ihre vergangenen Aktivitäten mit erheblicher Strafverfolgung rechnen. Daher setzten viele von ihnen alles auf eine Karte und griffen zur Waffe. So kam es 1929 bis 1931 zu zahlreichen bewaffneten Erhebungen, die allerdings wieder örtlich begrenzt und in ihrer Intensität weit schwächer als die antisowjetischen Aufstände zu Beginn der 20er-Jahre waren. Hier brachten die Aufständischen nicht mehr als 500 bis 700 Bewaffnete zusammen.

Um der sich ausbreitenden Unzufriedenheit die potenziellen politischen Führer zu entziehen, kam es 1929/30 zu verstärkten Repressalien gegenüber den Alasch-Leuten. Hier wurde vielfach aber auch das Kind mit dem Bade ausgeschüttet, denn nicht alle verhafteten Alasch-Leute waren Sowjetfeinde.

Zu Beginn der 30er-Jahre kam ein neues Unglück auf die Kasachstaner zu. 1931 bis 1933 kam es zur größten, aber auch letzten Hungersnot unter sowjetkasachstanischen Verhältnissen. Ihr fielen etwa 1,7 Millionen Kasachen, Russen, Ukrainer und Uiguren zum Opfer. Mehr als eine Million Kasachen verließ Kasachstan.

Über diese Hungersnot ist seither viel geschrieben worden und fast immer wird der Sowjetmacht hierfür die Schuld angelastet. Hierbei werden die verwegendsten Behauptungen als Begründung erhoben. Viele dieser Behauptungen gehen an der Realität vorbei. Außerdem war jene Hungersnot nicht flächendeckend, sondern betraf nur einige Gebiete Kasachstans. Die Gründe für diese Hungersnot sind vielschichtig. Sie sind zwar mit der Entwicklung in Sowjetkasachstan verbunden, nicht aber mit dem Willen oder anderem Verschulden der Sowjetmacht.

Jede politische oder wirtschaftliche Erschütterung oder andere negative Veränderungen des äußert schlechten Lebensstandards für die Bevölkerungsmehrheit konn-



ten zu derartigen katastrophalen Verhältnissen wie einer Hungersnot führen. Die vor der Enteignung stehenden Beis schlachteten vielerorts ihr Vieh ab, wodurch die ohnehin schwache Ernährungsgrundlage für die meisten stark eingeschränkt wurde. Zudem wurden von den Wohlhabenderen Lebensmittel gehortet und versteckt. Damit waren auch die Ablieferungen für den Staat nicht mehr in voller Höhe zu realisieren und nun auch die Städte davon betroffen. Hilfeleistungen wurden durch die kaum entwickelten und durch die jüngst stattgefundenen Aufstände stark zerstörten wenigen Verkehrsverbindungen und Überfälle von Räuber- und Bei-Banden oft nahezu unmöglich gemacht. Oft konnte die Lebensmittelversorgung nur durch starke und bewaffnete Kontingente der Roten Armee notdürftig aufrechterhalten werden. Im Winter war jene Versorgung wegen der Kälte und starker Schneestürme besonders problematisch, oft unmöglich. Vielfach waren die Nachrichtenverbindungen abgerissen oder bewusst von den Bei-Leuten zerstört worden, sodass die Sowjetorgane oft keinen Überblick über die Versorgungslage hatten und demzufolge nicht helfen konnten.

Nach dieser Katastrophe hatte auch Kasachstan die schlimmste Zeit hinter sich. Nun ging es – wenn auch langsamer als in anderen Gebieten der Sowjetunion – mit der Entwicklung zum Besseren vorwärts.

Einen neuen Einschnitt stellten die sogenannten Stalin'schen Säuberungen 1937/38 dar. Hier wurden Tausende auch verdiente Sowjetfunktionäre und führende Mitarbeiter aus dem kulturellen Bereich ungerechtfertigt verhaftet und viele von ihnen hingerichtet. Schon seit den 60er-Jahren erinnerten viele Straßennamen in Kasachstan an jene bedeutenden Kasachstaner.

Im Dezember 1936 wurde die Kasachische Sozialistische Sowjetrepublik (KSSR) aus dem Bestand der ehe-

maligen Autonomen Sowjetrepublik mit der Hauptstadt Alma-Ata geschaffen. Damit hatten die Kasachen erstmals einen eigenen Staat – wenngleich im Rahmen der sowjetischen Union.

In der zweiten Hälfte der 30er-Jahre stabilisierte sich das Leben in Kasachstan. Die Bevölkerungszahl hatte sich durch die Hungersnot und Emigration nur von 5,3 (1922) auf 6 Millionen (1940) erhöhen können. In jenen Jahren sind aber gewaltige Anstrengungen unternommen worden, das Land zu industrialisieren. Mit der Schaffung der TURKSIB konnte Kasachstan an das russische Eisenbahnnetz angeschlossen und die Voraussetzungen für eine schnellere Entwicklung der Industrie geschaffen werden. Bis 1940 hatte sich die kasachstanische Industrieproduktion gegenüber 1922 um das 28-Fache erhöht. Mit der sozialistischen Kollektivierung der Landwirtschaft und Industrialisierung fand auch eine Kulturrevolution statt. Vor der Oktoberrevolution konnten nur 2 Prozent der Bevölkerung lesen und schreiben. 1939 waren es schon 38,6 Prozent. Während es vorher keine Hochschule hier gab, waren es 1970 44. 1939 gab es schon 99 Hochschulabsolventen auf 1 000 Einwohner. 1922 gab es 0,5 Ärzte für 10 000 Menschen, 1940 waren es schon 4,3. 1938 wurde die Kasachische Akademie der Wissenschaften gegründet. Keine asiatische Region konnte zu jener Zeit mit dem mithalten.

Einen besonderen Einschnitt in der kasachstanischen Geschichte stellte der Große Vaterländische Krieg (1941-1945) dar. Durch das schnelle Vordringen der deutschen Faschisten wurde ein Großteil der sowjetischen Rüstungsindustrie nach Sibirien und Kasachstan verlegt. Diese „Verlegung“ stellt eine historisch einmalige historische menschliche und logistische Leistung dar, zu der wohl kein bürgerlicher Staat je in der Lage gewesen wäre. 1941

wurden 147 Großbetriebe aus anderen Teilen der Sowjetunion nach Kasachstan verlegt. Mit ihnen kamen etwa eine Million Arbeiter und andere Spezialisten. Während die europäischen Sowjetrepubliken durch die Kriegseinwirkungen große Zerstörungen zu beklagen hatten, wurde Kasachstan weiter industrialisiert, was sich trotz harter Arbeitsbedingungen nach dem Krieg für den Lebensstandard auszahlen sollte. Die Industrieproduktion sollte sich bis in die 80er-Jahre um das 31-Fache erhöhen. Die Zahl der Hochschulabsolventen sollte sich im gleichen Zeitraum auf 848 pro 1 000 Einwohner erhöhen. 1981 gab es 32,7 Ärzte auf 10 000 Einwohner.

Die Kasachstaner leisteten während des Krieges einen bedeutenden Beitrag. Etwa 800 000 von ihnen wurden zur Roten Armee eingezogen bzw. meldeten sich freiwillig. In Kasachstan wurden 16 Divisionen, 50 Regimenter und sieben Brigaden aufgestellt. Die kasachstanischen Rotarmisten erhielten über 60 000 Medaillen. 500 trugen den goldenen Stern eines Helden der Sowjetunion.

Ein neuer Schwerpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung war die Neulandgewinnung, die als zentrales sowjetisches Projekt in den 50er-Jahren angegangen wurde. Hier wurde aus wildem Steppenland in sehr harter Arbeit und mit erheblichen Nebenwirkungen landwirtschaftliche Nutzfläche. Diese Aktivitäten führten immerhin dazu, dass Kasachstan heute der größte Weizenexporteur unter den GUS-Staaten ist.

Kasachstan wurde zu einem Industrieland. 1920 stellte die Industrieproduktion nur 6,3 Prozent des Nationaleinkommens, 1928 waren es schon 15 Prozent und 1940 60 Prozent. Vor allem aber wurden Wohnungen gebaut. Kasachstan ist ein Land der Neubauten. Häuser aus vorrevolutionären Zeiten findet man zumeist nur noch auf Dörfern und an den Stadträndern. Obwohl immer


Wohnungen gebaut worden waren, gab es nie genug, da die Kasachstaner – wie in allen sozialistischen Ländern – mehr und früher heirateten, Kinder bekamen und sich auch schneller und öfter als anderswo scheiden ließen. Fast jede Familie in den Städten wohnt in einer Neubauwohnung.

Die Gorbatschow'sche Perestroika (Umbau der sozialistischen Gesellschaft) und Glasnost (Durchschaubarkeit) hatten unter der Bevölkerung Mittelasiens, so auch in Kasachstan, keine besondere Begeisterung hervorgerufen. Man wartete ab, wie sich die Dinge in Moskau entwickeln würden, so wie man das seit Jahrhunderten gewöhnt war. Die kasachische Parteiführung unter Kunajew war auch dem „neuen dynamischen Mann“ in Moskau nicht besonders zugetan. Mit seinem eher westeuropäischen Staatsmännern ähnlichen Auftreten konnte er den gestandenen kasachstanischen Funktionären nicht imponieren. Die mittelasiatischen Parteichefs hielten sich immer betont zurück, wenn der neue KPdSU-Generalsekretär mit seinen unrealistischen Visionen brillierte. Aber Gorbatschow war empfindlich und eitel, wovon die mittelasiatischen Parteiführer sich bald überzeugen konnten. Der „Demokrat“ Gorbatschow suchte sich seine eigene Mannschaft zusammen und scherte sich wenig darum, dass die Parteiführer, die da von ihm abgesetzt wurden, ordentlich gewählt worden waren. Für Kasachstan ließ er sich etwas Besonderes einfallen und setzte seinen Genossen Gennadij Kolbin – einen Russen – am 18. Dezember 1986 als neuen Ersten Sekretär ein. Damit setzte er sich ignorant über hier bestehende Traditionen und Gewohnheiten hinweg. Es gehörte zu den ungeschriebenen Gesetzen der sowjetischen Nomenklatura, die Ersten in den Unionsrepubliken nach Möglichkeit mit Angehörigen der Titularnationalität zu besetzen. An den abgesetzten

Kasachen Kunajew hatten sich nicht nur die Kasachen gewöhnt. Auch die Gorbatschow ablehnenden Kräfte unter den anderen Nationalitäten zogen Kunajew gegenüber einem Favoriten des obersten Parteichefs vor. Mit dieser unrealistischen Entscheidung provozierte Gorbatschow die sogenannten Dezemberereignisse 1986 in Alma-Ata.

Am nächsten Tag zogen bis zu 3 000 Demonstranten – zumeist Jugendliche – vor das ZK-Gebäude in Alma-Ata und forderten die Durchsetzung der Lenin'schen Nationalitätenpolitik und die Einsetzung eines Kasachen als Ersten Sekretär. Diese Manifestation trug keinen antisowjetischen Charakter. Auf der Tribüne erschien u. a. auch Ministerpräsident Nasarbajew und versuchte, die Massen zu beruhigen. Als die Demonstranten nun anfangen, die drei Vertreter der Staats- und Parteiführung auszupfeifen und mit Schneebällen zu bewerfen, schritt die Staatsmacht ein und es kam zu heftigen Auseinandersetzungen, die bis Mitternacht andauerten. Dann zogen sich die Demonstranten – um Schwerverletzte dezimiert – ins Stadtzentrum zurück. Dieser Demonstration wird heute offiziell in jedem Dezember gedacht und das als Ausdruck nationaler Emanzipation interpretiert. Die Teilnehmer dieser Demonstration, die faktisch auch gegen Nasarbajew, den späteren ersten Präsidenten, Schneebälle geworfen hatten, werden heute geradezu zu Helden eines unabhängigen Kasachstans verklärt. Das funktioniert bis heute nicht, denn die staatliche Unabhängigkeit Kasachstans wurde weder gefordert noch angestrebt. Doch in Ermangelung authentischer kasachischer Unabhängigkeitsbewegungen mussten diese Ereignisse dafür pragmatisch herhalten. Dessen ist sich die kasachstanische Führung wohl bewusst, denn hierzu gibt es heute nur äußerst knappe Kommentare.

Noch weniger kann sich das heutige Kasachstan auf die Ereignisse des folgenden Tages berufen: Nun begannen



in Alma-Ata Massenunruhen, die allerdings nationalistisch-rassistisch motiviert waren und schnell in Rowdytum ausarteten. Igor Trutanow, ein prowestlicher russischer Zeitzeuge schrieb dazu: „Zahlreiche Gruppen, Teilnehmer und Sympathisanten der Protestdemonstration überfielen Passanten europäischer Nationalität und auch Kasachen, die sich nicht der randalierenden Menge anschließen wollten. Sie demolierten vorbeifahrende Busse und Taxis, kippten Kraftfahrzeuge um und steckten sie in Brand. In der Stadt herrschte Chaos, etliche Lebensmittel- und andere Geschäfte wurden geplündert. An diesem schrecklichen Tag wurden in Alma-Ata elf Fahrzeuge verbrannt, 24 Autos, 39 Busse und 33 Taxis zerstört; 13 Studentenwohnheime, fünf Lehranstalten, sechs Geschäfte und vier administrative Gebäude wurden erheblich beschädigt. 1 137 Personen wurden verletzt. Drei Menschen kamen ums Leben. ...“ Die Staatsmacht griff nun ein, mobilisierte 15 000 Milizhelfer aus Arbeitern der Betriebe und Angestellten der Institutionen, die Miliz und den KGB. Etwa 2 000 Randalierer wurden festgenommen und 730 von ihnen am 25. Dezember der Prozess gemacht. Das Gericht verurteilte 98 Kasachen zu Freiheitsstrafen von zweieinhalb bis 15 Jahren. Ein Kasache, der des Mordes beschuldigt worden war, wurde zum Tode verurteilt, dann aber begnadigt.

Die Unabhängigkeit Kasachstans war nicht von der Bevölkerungsmehrheit gewollt, sondern im Wesentlichen das Werk des Ersten Sekretärs der Kommunistischen Partei und Präsidenten Sowjetkasachstans Nursultan Nasarbajew und seiner Führungsmannschaft. Vor allem unter seiner Regie wurde aus der sozialistischen Sowjetrepublik die Republik Kasachstan, aus einem sozialistischen Land ein kapitalistisches.


Die Kasachstaner waren durch die von der Gorbatschow'schen Perestroika eingetretenen chaotischen Zu-

stände inzwischen einiges gewöhnt. Was aber nun auf sie zukam, überstieg alle pessimistischsten Prognosen. So schlecht hatte die Mehrzahl von ihnen seit Jahrzehnten nicht gelebt und solche Verbrechen, Korruption und Brutalität noch nie erlebt. Den Kasachstanern musste angesichts der inzwischen katastrophalen Zustände eine Perspektive geboten werden, die ein erstrebenswertes Leben verhiess. Hierzu wurde 1997 die Konzeption Nasarbajews „Kasachstan 2030“ deklariert, deren Kernpunkte lauten:

- Bewahrung und Festigung der „nationalen Sicherheit“, d. h. die außenpolitisch abgesicherte territoriale Integrität, gesicherte Grenzen, friedliche Beziehungen zu den Nachbarn usw.
- Innenpolitische Stabilisierung und Konsolidierung der kasachstanischen Gesellschaft
- Wirtschaftlicher Zuwachs auf der Grundlage der Marktwirtschaft
- Gesunde, gebildete und wohlhabende Bürger
- Für die Entwicklung Kasachstans ausreichende Energieressourcen
- Entwickelte Infrastruktur, besonders das Transport- und Kommunikationswesen
- Ein gut funktionierender Staat


Da die Qualität des Wohlstandes nicht definiert worden ist, kann man davon ausgehen, dass zumindest vorerst der Lebensstandard der vor-Gorbatschow'schen UdSSR angestrebt wird, denn bis zu diesem Punkt ist es auch heute noch weit.

Diese Konzeption schien realistisch zu sein. Dennoch gab es wesentliche Schwachpunkte, die offensichtlich nicht genug bedacht worden waren. Die Konzeption ging in ihren Prämissen von der Gesamtlage zu Beginn



der 90er-Jahre aus. Damals konnte sich Kasachstan, um das sich der Westen sehr und immer mehr bemühte, in einer relativ stabilen außenpolitischen Situation wännen. Mit dieser Ruhe ist es heute jedoch vorbei. Kasachstan wird vom Westen heute nicht mehr nur umworben, sondern ihm auch Forderungen präsentiert, die faktisch einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten gleichkommen. Kasachstan steht heute zwischen einem wieder aufstrebenden Russland, der künftigen weltweiten Nr. 1 China und den USA, die fatalerweise jenes Land in ihre strategische Interessensphäre einbezogen haben.

„Kasachstan 2030“ geht in seiner politischen Grundausrichtung von der Herrschaft Nasarbajews und seiner berechenbaren Wirtschafts- und Innenpolitik aus. Mit einer Machtübernahme durch proamerikanische und antirussische Nationalisten, die nicht ausgeschlossen ist, ginge vieles von dem Erreichten und Geplanten verloren.



Mit der Dominanz des ausländischen und privaten Kapitals ist es auch fraglich, ob die vor allem durch Steuern erbrachten staatlichen Finanzen ausreichend wären, alle Punkte dieses „Wohlstandsplanes“ zu sichern. Nicht eingeplant bei diesem ehrgeizigen Vorhaben sind Konjunkturunbrüche durch Preisverfall und stark verringerten Absatz. Deutliche Anzeichen dafür sind schon Ende 2008 zu bemerken gewesen, als der Ölpreis von einem einmaligen Hoch auf ein beträchtliches Tief gefallen ist und durch die sogenannte Weltfinanzkrise ausländische Investoren über 52 Mrd. Dollar aus Kasachstan abgezogen haben.

Gegen die schnelle und radikale Beseitigung der sozialen Errungenschaften der UdSSR regte sich zwar kein Massenprotest, doch die Unzufriedenheit der Kasachstaner fand andere Formen, von denen die alt-neuen Herrschenden keineswegs begeistert gewesen sein dürften.

In einer Umfrage vom Juni 1999 gaben Kasachstaner folgende aktuelle Problemschwerpunkte an: Die Armut (92 Prozent), die Arbeitslosigkeit (78 Prozent), das rapide Anwachsen der Kriminalität (62 Prozent) und Korruption (68 Prozent), der Verfall der Städte und Dörfer (60 Prozent) sowie das Absinken des kulturellen Niveaus der Bevölkerung (48 Prozent). Überhaupt war man vom unabhängigen Kasachstan nicht begeistert, obwohl man das in den Medien zu suggerieren versuchte. Auf die Frage, als wessen Bürger sie sich fühlten, bekannten sich im Mai 1996 nur 11 Prozent zur Republik Kasachstan (27,9 Prozent Kasachen, 26,9 Prozent der Russen und 27,1 Prozent andere Völkerschaften). Der neuen Republik gegenüber ausgesprochen ablehnend positionierten sich 34 Prozent der Kasachen, 60 Prozent der Russen und 58 Prozent der anderen Nationalitäten.

Über die historische Perspektive Kasachstans befragt, trauten 1996 nur 26 Prozent aller Befragten dem unabhängigen Staat eine Zukunft zu. Dieser Meinung waren auch 45,2 Prozent der befragten Kasachen.

Die ablehnende Haltung gegenüber der Republik Kasachstan äußerte sich auch in ständiger Ausreise. In den ersten sieben Jahren der Unabhängigkeit haben etwa zwei Millionen Menschen das Land verlassen. Im Gegensatz zu der auch in Deutschland verbreiteten Behauptung, dass es sich hierbei um Völkerschaften handelte, die von Stalin gewaltsam hier angesiedelt worden waren, waren hierbei Vertreter verschiedener Nationalitäten – darunter natürlich auch Deutsche – zu finden. Wohl stellten Russen und Deutsche den größten Anteil. Es war aber nicht die Beseitigung des wie auch immer bezeichneten Sowjetsystems, sondern die enorme Verschlechterung der Lebenslage, verbunden mit einer auf unterschiedliche Weise interpretierten Kasachisierungswelle, die diese Massen

reisen ließ. Viele – auch Deutsche – fühlten sich durch die vermeintliche oder reale Bevorzugung der Kasachen potenziell bedroht und gingen. Heute, da sich die Wellen der Kasachisierung und die damit verbundene Aufregung gelegt hat, ist der Wunsch nach Ausreise immer noch ungebrochen und das betrifft – wie kasachische Publizisten schreiben – alle Nationalitäten, auch Kasachen. Um die Jahrtausendwende wollten nur 68,2 Prozent aller Kasachstaner im Land bleiben, 14,2 Prozent waren zur Ausreise entschlossen und 11,7 Prozent unentschlossen. Nicht die Russen stellten hierbei die Mehrheit unter den Ausreisewilligen, sondern die Vertreter der anderen nicht kasachischen Nationalitäten und Völkerschaften (45,9 Prozent), dann folgten mit 43,5 Prozent die Russen und mit 12,1 Prozent Kasachen. Der Abfluss besonders der Deutschen und Russen war auch ein Aderlass von hoch qualifizierten Arbeitskräften, der bis heute nicht ersetzt werden konnte.

Zudem ist fast zeitgleich mit der Proklamation der Unabhängigkeit die Geburtsrate rapide zurückgegangen. Seit jenem Jahr stagniert die Bevölkerungsentwicklung in Kasachstan.

70 Jahre Sowjetmacht haben aber auch die Menschen hier politisch geprägt. Der Umsturz in Richtung Kapitalismus, oder besser gesagt, die Verabschiedung von der Sowjetmacht vollzog sich hier fast unmerklich.

Der kasachstanische Parteisekretär Nasarbajew setzte nach dem antisowjetischen Umsturz auf eine Präsidialdemokratie mit einer ihn unterstützenden Bewegungspartei, wodurch auch andere – vorwiegend bürgerliche Parteien – entstanden. Die kasachstanischen Kommunisten organisierten sich neu, erreichten bei Wahlen in den 90er-Jahren durchschnittlich 20 Prozent. Sie wurden zweitstärkste – in einem Drittel des Staatsgebietes sogar

stärkste – politische Kraft. Ausrichten konnten sie freilich nichts, da sich die Kommunisten auch durch Gorbatschow, der hier keineswegs beliebt war, völlig diskreditiert hatten. Zudem war die gesamte kommunistische Bewegung in verschiedene Teile zerfallen. Die Kommunistische Partei Kasachstans KPK ist dennoch heute mit 45 000 die mitgliederstärkste Gruppierung. In den 70er-Jahren gehörten ihr über eine halbe Million Mitglieder an. Von den Kommunisten haben sich die Sozialistische Partei „Aul“ und die National-Kommunistische Partei – allesamt mit sozialdemokratischer Orientierung – abgespalten. Durch die Massenemigration in den 90er-Jahren sowie im Ergebnis der Stabilisierung der Verhältnisse in Kasachstan um die Jahrtausendwende verloren die Kommunisten einen Großteil der Wählerschaft und ihres Einflusses. Inzwischen zeichnet sich hinsichtlich der kommunistischen Bewegung eine neue Tendenz ab. Seit geraumer Zeit streben die beiden nominalen kommunistischen Parteien einen Zusammenschluss an. Das könnte zur Herausbildung einer neuen und einflussreichen Kraft neben der Präsidentenpartei führen.

Die Masse der ehemaligen kasachstanischen KPdSU-Mitglieder hingegen schloss sich der Präsidentenpartei an, die nun unter den Namen Nationaldemokratische Partei „NUR OTAN“ (Lichtstrahl des Vaterlandes) die inzwischen stärkste politische Kraft im Lande darstellt. Der „NUR OTAN“ haben sich inzwischen die bürgerliche „Asar“-Partei der Präsidententochter, die kleinbürgerliche „Bürgerpartei“ und die „Agrarpartei“ angeschlossen. NUR OTAN besetzt dadurch 74 Prozent der Parlamentssitze. Die NUR OTAN hat sich inzwischen zu einer bürgerlichen Partei entwickelt.

Die anderen Parteien sind zumeist kleinbürgerliche oder bürgerliche Parteien, die sich ständig mit anderen

verbinden, erfolglos untergehen oder ein bescheidenes politisches Leben fristen. Gegen NUR OTAN haben sie keine Chance. Zu den wichtigsten Parteien und Gruppierungen gehören:

Die Adilet-Partei und die durch den Neffen von Nasarbajew geführte moderat islamische Bewegung Ak Orda (Weiße Horde) stehen zum Präsidenten.

Zu den Oppositionsparteien gehören:

Die „Ak Shol“ (Weißer Weg) und ihre Abspaltung „Wahrer Ak Shol“. Das sind die sogenannten kritischen jungen Eliten. Bei den Präsidentschaftswahlen 2005 brachte es ihr Kandidat auf fast zwei Prozent. Die nationalistische und populistische Patriotenpartei Kasachstans.

Die Nationale Sozialdemokratische Partei unter Zhar-makhan Tuyakbaj hat größere Bedeutung. Seine Partei ist erst 2007 registriert worden, doch bei den letzten Präsidentschaftswahlen erhielt er mit fast 7 Prozent die meisten Stimmen nach Nasarbajew. Für so wenig Stimmen tritt er aber umso selbstbewusster auch gegen den Präsidenten auf, was auf starke Hintermänner schließen lässt.

Im derzeitigen Parlament sind die NUR OTAN (74 Prozent), die Adilet (Demokratische Partei) (13 Prozent) und Ak Shol (13 Prozent) vertreten.


Zu den politischen Bewegungen gehören: Die präsidentenkritische „Für ein gerechtes Kasachstan“, die Rentnerbewegung „Pokolenie“ (Generation), die slawische Bewegung „LAD“, (Eintracht), die fundamental oppositionelle „Tabigat“ sowie eine oppositionelle Umweltschutzbewegung.

Darüber hinaus gib es im Land über 4 500 sogenannte Nichtregierungsorganisationen (NGO), die angeblich für die Einhaltung der Pressefreiheit sorgen und großteils vom Ausland bezahlt werden.

Der über allem stehende Politiker und Staatsmann ist Staatspräsident Nursultan Nasarbajew. Er hat alle Präsidentschaftswahlen im Prinzip konkurrenzlos überstanden. Für ihn stimmten bei den letzten Präsidentschaftswahlen am 4. Dezember 2005 91,15 Prozent der 76,8 Prozent Wahlberechtigten. Die USA haben diese Wahl nicht als demokratisch anerkannt und auch in den westeuropäischen Medien ist über diese Wahl geradezu skandalös berichtet worden. Offensichtlich galten dem Zweitplatzierten die Sympathien des Westens. Für den Westen galt eine Wahl, bei der ein amtierender Staatsmann mehr als 80 Prozent der Stimmen erhielt, immer als anrühlich. Unregelmäßigkeiten bei Wahlen in Mittelasien kann man nie ausschließen, doch wer die Kasachstaner kennt, weiß, dass diese Mehrheitsverhältnisse real sind.



Wie man auch zu Nasarbajew stehen mag, er hat sich doch in den Augen der meisten Kasachstaner um einiges verdient gemacht, was nicht von der Hand zu weisen ist. Besonders hervorzuheben ist seine restriktive Politik gegen die Nationalisten, deren Proteste gegen ihn er 1992 gewaltsam auseinandertreiben ließ, womit er den relativ wenigen, aber im Süden recht einflussreichen Nationalisten politisch den Weg verlegte. Diese Politik wurde von den meisten Kasachstanern unterstützt.

Was sofort ins Auge fällt, ist die Tatsache, dass sich unter seiner starken persönlichen Führung das Land aus einer tiefen Krise heraus zum wirtschaftlich führenden Staat Mittelasiens entwickelt hatte. Im Vergleich zu den wilden 90ern hat Kasachstan eine respektable innenpolitische und wirtschaftliche Stabilität erreicht. Dieser Kasache ist eine respektable Person, an der hier in Mittelasien nichts vorbeigeht. Durch seine Politik wird auch die Identifikation der Kasachstaner mit ihrer Republik zunehmen.



Er hat trotz der Irritationen mit der Kasachisierung den Eindruck hinterlassen, dass es hier friedlich zugehen wird. Die Nationalisten und die „jungen dynamischen Kräfte“ bringen Unruhe in die anscheinend gewohnten Bahnen. Nasarbajew steht für die meisten Kasachstaner eben wegen seiner politischen Vergangenheit für Kontinuität, Berechenbarkeit und Verlässlichkeit. Diesen Eindruck hinterlassen andere nicht. Vieles, so das friedliche Zusammenleben aller Völker und Volksgruppen, ist sowjetische Hinterlassenschaft und nicht sein Verdienst. Dennoch kann er für sich anrechnen, sich in jenen Traditionen zu bewegen.

Sicherlich ist vieles an seiner Politik kritikwürdig. Man wird ihm vor allem seinen blinden Glauben an die Marktwirtschaft und den nationalen Ausverkauf zum Vorwurf machen können. Dennoch – und das wird man kaum abstreiten können – hat er selbst unter diesen Bedingungen und Verhältnissen sein Land nach vorn gebracht und weltbekannt gemacht.



11. Der Sultan aus der Steppe

Im Kasachstan des Jahres 1999 wird die Bevölkerung auf riesigen Plakaten mit dem Bildnis des Präsidenten Nasarbajew auf das Jahr 2030 vertröstet. Dann sollen alle in Wohlstand leben. Wer ist dieser Mann, der das Blaue vom Himmel verspricht?

Nursultan („strahlender, erfolgreicher Sultan“) Nasarbajew wurde 1940 als Sohn eines Hirten geboren. Nach dem Schulabschluss arbeitete er im Industriekombinat Karaganda. Er erhielt die Ausbildung eines Ingenieurs für Metallurgie. 1962 trat er der KPdSU bei. Einige Jahre später begann seine steile Parteikarriere. Zunächst Parteisekretär in Karaganda, wurde er nach dem Fernstudium an der Parteihochschule der KPdSU nach Alma-Ata (Almaty) geholt. 1984 wählte man Nasarbajew zum Ministerpräsidenten der Kasachischen SSR (KSSR), 1989 zum 1. Sekretär der KP Kasachstans. Im Juni 1990 hievte Gorbatschow den Vertikalaufsteiger ins Politbüro der KPdSU.

Im Februar 1990 wurde er zunächst Vorsitzender des Obersten Sowjets, zwei Monate später Präsident der KSSR. Im Oktober 1990 erklärte das kasachische Parlament die staatliche Souveränität, ohne sich allerdings von der UdSSR loszusagen. Die Kasachstaner (unter 103 Nationalitäten befanden sich damals nur 40 Prozent Kasachen) sprachen sich zu 82,7 Prozent für einen Verbleib in der Sowjetunion aus.

Beim „August-Putsch“ 1991 – dem Versuch, das Ruder in letzter Minute herumzureißen – verhielt sich Nasarbajew abwartend. Nachdem jedoch in Moskau die Antikommunisten um Jelzin endgültig die Macht ergriffen hatten, beschritt auch er den Weg des Verrats. Er trat aus

der KPdSU aus und „nationalisierte“ das Parteieigentum in Kasachstan. Im September 1991 wurde die KP offiziell aufgelöst und eine sozialdemokratische Nachfolgepartei geschaffen. Ein Teil der Basis lehnte diesen Schritt ab und gründete im Dezember 1991 eine neue Kommunistische Partei.

Nasarbajew blieb vorerst parteilos. Am 1. Dezember 1991 ließ er sich als einziger Kandidat zum Präsidenten der Republik Kasachstan wählen. Er zählte auch zu den Initiatoren der Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), die am 21. Dezember 1991 in der kasachischen Hauptstadt erfolgte.

Nasarbajew ist faktisch Alleinherrscher. Zu seiner politischen Unterstützung wurde 1993 die „Union der Volkseinheit“ geschaffen. Die Anhänger des Präsidenten verfügen im Parlament über die absolute Mehrheit. Seine Konzepte gingen nicht auf. Die meisten Industrieanlagen mussten nach Kappung der Wirtschaftsbeziehungen zu anderen ehemaligen Sowjetrepubliken stillgelegt werden.


Bis 1991 bezog die Republik 85 Prozent aller Industriegüter von dort. Hinzu kommt, dass die einstige KSSR durch Moskau stark subventioniert wurde. Diese Geldmittel und Güter fehlen heute. Die Leichtindustrie wurde durch Überschwemmung des Marktes mit billigen chinesischen, türkischen und anderen Produkten ruiniert.

Geografisch liegt Kasachstan ungünstig. Nur Russland und China sind reale Exportländer. Sie bestimmen die Preise. Die Rohstoffausfuhr nach Westeuropa bringt durch Zollgrenzen wenig Gewinn. Einzig bei Erdöl klappt der Absatz. Hier liegt wohl auch Kasachstans Zukunft. Das Land verfügt über enorme Ölreserven, die westliche Begehrlichkeiten weckten. Die Kasachstaner haben davon nichts, da die Förderrechte zumeist an ausländische Konsortien verkauft worden sind. Der Gewinn füllte nur

die Taschen hoher Regierungsbeamter und der neuen Kompradorenbourgeoisie. Das auch in anderen Bereichen „erwirtschaftete“ Geld wird nach Westeuropa und Japan oder in die USA transferiert.



Die Folgen sind katastrophal: Schon 1992 war der Lebensstandard gegenüber 1989 um die Hälfte abgefallen. Seitdem geht es weiter abwärts. Schätzungen zufolge hat noch nicht einmal die Hälfte der Kasachstaner Arbeit, die ohnehin sehr schlecht bezahlt wird. Löhne, Gehälter und Renten sind im Verzug oder werden willkürlich gekürzt. Arbeitslose erhalten sechs Monate lang 80 Prozent ihrer letzten Bezüge, dann stürzen sie total ab. Sozialleistungen gibt es kaum. Fernwärme und warmes Wasser werden den Städten nur von Oktober bis April in geringem Maße zur Verfügung gestellt. Überraschende Stromabschaltungen über viele Stunden sind die Regel. Die Auflösung der Kolchosen und Staatsgüter hatte Hunger und Landflucht zur Folge. Viele Schüler bleiben dem Unterricht fern, da es an Kleidung und Schuhwerk fehlt.

Wer durch Kasachstan reist, ist begeistert von dem, was in den Sowjetjahren in diesem Steppenland aufgebaut wurde und entsetzt über die staatlich initiierte Vernachlässigung, den geduldeten Vandalismus und den allenthalben sichtbaren Niedergang einer einst blühenden Unionsrepublik: Kilometerlange Waldschutzstreifen aus Sowjetzeiten werden von der Landbevölkerung abgeholzt, weil sie sich anderes Brennmaterial nicht leisten kann. Überlandleitungen werden heruntergerissen und verkauft. Fabrikanlagen, Kolchosmaschinenparks und große ungenutzte Gebäude sind ausgeschlachtet und geplündert worden, als habe es einen Krieg gegeben. Die Mafia ist allgegenwärtig. Oft werden Ämter nach feudalistischer Manier dem Meistbietenden überlassen.



Nasarbajew wollte alle Kasachstaner gleichbehandeln, in der Praxis werden Kasachen jedoch vorgezogen. Nichtkasachen, vor allem Russen und andere Slawen, verlieren Arbeit und Perspektive. Sie stellten bisher vor allem 82 Prozent der Arbeiterklasse, einen bedeutenden Teil der technischen Intelligenz und kompetente Angestellte. Sie und die überwiegend in der Landwirtschaft tätig gewesenen Russlanddeutschen verlassen die Republik, sodass Kasachen inzwischen 52 Prozent der Bevölkerung ausmachen.

Längst gilt Nasarbajew als der reichste Mann Kasachstans. Im Juni 2000 wurde vom Parlament ein Gesetz verabschiedet, das ihm und seiner Familie für Gegenwart und Zukunft kollektive Immunität garantieren soll. Seine Tochter Dariga Nasarbajewa wird von den Medien als mögliche Nachfolgerin gehandelt. Ihr Fernseh- und Zeitungsimperium kontrolliert 80 Prozent der Medien. Darigas Ehemann ist Chef des kasachischen KGB-Nachfolgers KNB.



Hier bleibt also die weitere Entwicklung abzuwarten.

12. Gefahr für Mittelasien

Vor vielen Jahren sah ich einen sowjetischen Film über den Bürger- und Interventionskrieg 1918-1920 in Mittelasien. Englische Interventen hatten damals die konterrevolutionären Basmatschen, die Vorgänger der „Mudschaheddin“, unterstützt. Auf die Frage eines britischen Offiziers, wie lange sie wohl dort noch blieben, antwortete sein Vorgesetzter: Bis das hier eine englische Kolonie ist. Daraus wurde damals dank der Roten Armee aber nichts.

Nach dem Untergang der UdSSR haben die USA und die EU dann die Rolle der Briten übernommen. In diesem Zusammenhang ist auch der Besuch des deutschen Außenministers in Mittelasien im November 2006 zu sehen. Besonders in den rohstoffreichen Republiken Usbekistan, Kasachstan und Turkmenistan wurden Demokratie und Menschenrechte angemahnt. Eine solch penetrante Forderung zielt letztlich aber auf Störung der hiesigen relativen Stabilität. Richtig hatte vor zehn Jahren der bedeutende bürgerliche Journalist und Kenner der Region Peter Scholl-Latour bemerkt: Wer hier von Demokratie spricht, ist entweder ein Narr oder ein Provokateur. Vorläufig hielt die Autorität der regierenden Staatspräsidenten die sehr schwache prowestliche „Opposition“ erfolgreich in Schach. Das soll sich ändern, und der Zeitpunkt scheint Berlin und Washington offensichtlich reif zu sein. In Kirgistan löste eine Demonstration die andere ab. Wie das kasachische Fernsehen zeigte, hatte sich die organisierte Teilnahme an solchen Manifestationen zu einer der wenigen ständigen Geldeinnahmequellen im ärmsten Land der Region entwickelt. Dadurch wurden vorzeitig Neuwahlen erzwungen. Hier werden sich mit Sicherheit „neue“ Kräfte an die Spitze setzen, die von den USA gesponsert werden.

In diesem Zusammenhang ist auch die Einrichtung der US-Militärbasis Manas zu sehen. Damit wäre den USA ein beachtlicher strategischer Schlag gelungen. Kirgistan liegt nicht nur am dicht besiedelten Südkasachstan, sondern auch noch direkt an der usbekischen südlichen Unruheprovinz, über Tadschikistan und auch noch an der chinesischen Grenze mit dem nahen Tibet. Die größten mittelasiatischen Städte Taschkent, Almaty und Duschanbe liegen nur bis zu 500 Kilometer Luftlinie von der Hauptstadt Kirgistans entfernt.

Hierbei gewinnt Afghanistan als jederzeit ausbaufähiger gewaltiger westlicher Truppenstützpunkt an Bedeutung gegenüber den fünf mittelasiatischen Republiken, zu denen es mit dreien eine gemeinsame Grenze hat. Angesichts der ungeklärten Entwicklung nach dem Tod des turkmenischen Präsidenten Nijasow mit seiner bisherigen strikten Unabhängigkeitspolitik haben die USA schon ihr besonderes Interesse angekündigt. Mit Nordafghanistan – wo auch deutsche Truppen stehen – besitzt Turkmenistan eine über 500 Kilometer lange Grenze. Für den Einsatz gegen die Mittelasiaten stünden ihnen auch die im Kampf gegen die Sowjetarmee geübten Gefolgschaften der korrupten afghanischen Warlords zur Verfügung.


Offensichtlich hatte man diese Bedrohung schon erkannt und sich in darauf eingestellt. Im Dezember fand in Kasachstan ein Kongress der Präsidentenpartei „OTAN“ statt. Bisher die größte Massenorganisation mit obligatorischer Mitgliedschaft für ganze Berufsgruppen, stellt sie sich auf die veränderten Bedingungen ein. Völlig ungewohnt sprach man daher von Demokratie und der politischen Konkurrenz anderer Parteien sowie dem Bestreben, als nunmehrige Volksdemokratische Partei „NUR OTAN“ sich dieser Herausforderung zu stellen. Die rechte Staatsbürger-Partei und die linke Agrar-Partei

sind schon in dieser neuen Partei aufgegangen. Insgesamt soll in Kasachstan die Bedeutung der Parteien durch eine Reform zugunsten der „NUR OTAN“ verändert werden. Die Würfel sind also offensichtlich schon gefallen.



13. Schlüsselposition Kasachstan

Die USA sind im „wirtschaftsliberalen“ Kasachstan die größten Investoren, dennoch mit der Außenpolitik des Landes unzufrieden. Der Hauptgrund dafür sind die guten Beziehungen zu China und Russland. Vor allem mit Russland gibt es die vielfältigsten und engsten Verbindungen. Hier ist man nicht nur kulturell mit Russland verbunden (fast alle sprechen Russisch als Muttersprache), sondern steht man Russland auch politisch nah. Auch wirtschaftlich dominiert Russland. Beim kasachischen Import nimmt Russland den ersten und beim Export den dritten Platz ein. China steht beim Import an dritter, bei Investitionen und beim Export an vierter Stelle. Mit beiden Nachbarländern hat Kasachstan die längsten Grenzen. Das und die gewaltigen Rohstoffressourcen machen dieses Land für die USA so strategisch interessant.

Gelänge es den USA, dieses Land von sich abhängig zu machen, hätten sie nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine militärstrategische Position, die einer weltpolitischen Schlüsselstellung gleichkäme: Das europäische Russland wäre vom Osten her lebensgefährlich bedroht, der kaspische Raum US-dominiert, das rohstoffreiche Sibirien in unmittelbarer Nachbarschaft und im politischem und militärischem Zugriff der US-Amerikaner und ihrer europäischen Verbündeten. Die USA würden nichts unversucht lassen, die angrenzenden Nationalitäten zu separatistischen Aktivitäten zu inspirieren, um Sibirien von Russland zu trennen. Schon jetzt spricht man davon, Russland die sibirischen Naturreichtümer zu entreißen und angeblich den dortigen nomadisierenden Völkerschaften zu übereignen. Russland könnte sich dem kaum widersetzen. Allein die militärische Sicherung je-



ner Grenze würde seine Möglichkeiten weit übersteigen. Auch gegenüber China hätten die USA dann eine Schlüsselposition. Man könnte die für China so wichtigen Erdöllieferungen – auch die von Russland – sperren und somit das Land von seinen Pipelines abschneiden, was katastrophale Folgen hätte. US-Streitkräfte an seiner längsten Westgrenze wären nicht nur eine historisch erstmalige militärische Bedrohung, sondern auch eine Bedrohung für die territorialen Integrität, denn hier leben nicht nur Chinesen, sondern auch viele nichtchinesische Nationalitäten und auch Tibet ist nicht weit. Auch für Kasachstan hätte das katastrophale Folgen. Die Kasachen würden gegen die anderen – vor allem slawischen Nationalitäten – aufgehetzt werden. Um der neuen, vor allem jungen, proamerikanischen Nomenklatura den Weg freizumachen, würde alles bekämpft und verfolgt, was mit der sowjetischen Vergangenheit verbunden wäre. Mit der bisherigen ruhigen Entwicklung in Kasachstan wäre es vorbei, es käme zu Unruhen und einem Massensexodus nach Russland.



Dieses Horrorszenario scheint absurd, und doch sind erste Schritte in diese Richtung schon unternommen worden. Schon zu den Präsidentschaftswahlen 2005 versuchten die USA, mit einem „jungen dynamischen“ Kandidaten die Wiederwahl des Kasachen Nasarbajew zu verhindern. Das US-Repräsentantenhaus hatte daraufhin jene Wiederwahl nicht als „demokratisch“ anerkannt, obwohl der kasachische Staatspräsident an guten Beziehungen zu den USA sehr interessiert war und Englisch zur wichtigsten Fremdsprache deklariert hatte. Nasarbajew bestimmt wesentlich die Politik, Parteien und Parlament spielen kaum eine Rolle. Wenn die USA hier einen grundsätzlichen Wandel erreichen wollen, müssen sie entweder „ihren Präsidenten“ in fünf Jahren an die Macht bringen

oder die Machtbefugnisse des Präsidenten zugunsten des Parlaments beschneiden lassen. Da es in Kasachstan verschiedene bürgerliche Parteien gibt, könnten dann bei entsprechender US-Unterstützung eine oder mehrere solcher Parteien über parlamentarische Mehrheiten an die Spitze des Staates gebracht und so ganz legal eine proamerikanische Wende eingeleitet werden. Eine derartige Entwicklung haben die Präsidenten Turkmenistans, Usbekistans und Kasachstans bisher immer zu verhindern gewusst. Nicht von ungefähr mehren sich inzwischen die Forderungen nach „Einhaltung der Menschenrechte“ durch westliche Politiker, einschließlich des bundesdeutschen Außenministers im November 2006 auch für Kasachstan. Die Macht des „autoritären“ Präsidenten soll durch eine parlamentarische Demokratie gebrochen werden und prowestliche Parteien das Ruder übernehmen. Genau das haben in Kirgistan die sogenannten „Massenproteste“ mit zumeist jungen, gut gekleideten und bestens versorgten Teilnehmern mit der Losung „Für Reformen“ – auch auf Englisch – Anfang November 2006 bewirkt.

In diesem Land wurde bezeichnenderweise nicht für die Verbesserung der erdrückenden Lebenslage – ein Lehrer verdient monatlich 16 € – demonstriert, sondern erfolgreich für „Reformen“, d. h. vorerst für eine wesentliche Verfassungsänderung: Nun soll die stärkste Partei den Regierungschef stellen. Damit wäre der prorussische Präsident faktisch entmachtet und der Weg für proamerikanische Kräfte frei.

Das kleine Kirgistan ist als „Vorbild“ für Kasachstan geradezu prädestiniert. Kirgisen und Kasachen sind sehr nahe verwandte Völker mit sehr engen verwandtschaftlichen Beziehungen. Kirgistan liegt am bevölkerungsreichsten Abschnitt der kasachstanischen Südgrenze mit der Millionenstadt Almaty. Hier leben 37 Prozent der

Kasachstaner, bilden Kasachen die Mehrheit, ist ihr kulturelles Zentrum, die höchste Konzentration der auch politisch ehrgeizigen, aber schlecht bezahlten, nationalkasachischen Intelligenz und auch die einzige Gegend Kasachstans, in der man überdies noch für antirussischen Nationalismus empfänglich ist.

Gerade, als diese Worte geschrieben wurden, gab es im kasachischen Fernsehen eine routinemäßige Befragung des „jungen, dynamischen“ bürgerlichen Oppositionsführers Tuyakbajew, der bei den letzten Präsidentschaftswahlen nur sechs Prozent erhalten hatte. Die Antworten waren überraschend und kamen einem Aktionsprogramm gleich: Die Opposition wolle nicht bis zu den nächsten Präsidentschaftswahlen warten, sondern ständig „Reformen“ wie in Kirgistan anzumahnen, das „monarchistische System“ verändern und „längst überfällige Demokratie“ einfordern. Sollten diese „Reformen“ nicht freiwillig von der Staatsmacht eingeführt werden, „drohe eine Revolution wie in Kirgistan“. Diese in den frühen Abendstunden des 17. November 2006 verkündeten kühnen, erstaunlich selbstsicher und ruhig vorgetragenen Worte in einer Atmosphäre hoher gesellschaftlicher Stabilität lassen auf außerordentlich starke Hintermänner und den Beginn jenes Szenarios schließen.


14. Russisch oder Kasachisch?

Anfang 2007 wurde von der Regierung Kasachstans festgestellt, dass alle Bemühungen um die Durchsetzung der kasachischen Sprache als Staatssprache gegenüber dem Russischen erfolglos waren und die meisten Kasachstaner einfach nicht Kasachisch sprechen wollen. Aus europäischer Sicht mag das unerheblich sein, für Astana und Almaty hingegen ist das auch eine erhebliche politische Niederlage. Mit dem Programm der Kasachisierung einschließlich der Durchsetzung der kasachischen Sprache als Staatssprache hatte sich hiesige Führung in eine Sackgasse hineinmanövriert, die sich jederzeit zu einem unberechenbaren Politikum zu entwickeln droht.

Zum Ende der UdSSR lebten in der Kasachischen Sozialistischen Sowjetrepublik über 15 Millionen Menschen, die über 100 Nationalitäten angehörten. Die Kasachen selbst waren die stärkste Nationalität, machten aber nur um die 40 Prozent aus. Dem folgten Russen, Ukrainer, Belorussen, kaukasische Völkerschaften, Balten, asiatische Nationalitäten, Russlanddeutsche usw. Für fast alle Kasachstaner war Russisch Muttersprache, sie wurde von allen zumindest verstanden. Kasachisch, eine Turksprache mit Verwandtschaft zum Türkischen, Kirgisischen, Usbekischen und Turkmenischen, wurde von einer Minderheit gesprochen. Noch nicht einmal die Hälfte der Kasachen sprach Kasachisch. Im Gegensatz zu heutigen Behauptungen war Kasachisch weder unterdrückt noch verboten. Diese Sprache wurde gepflegt. Es erschienen kasachische Bücher, Lieder und Zeitungen. Auch in Filmen wurde diese Sprache gesprochen. Kasachisch-Unterricht wurde aber an Schulen nur dort erteilt, wo der Anteil der Kasachen eine bestimmte Prozentzahl überschritt. Umgangssprache

war Russisch, was von fast allen als normal empfunden worden war. Russisch war Mutter- und Fremdsprache zugleich, denn damit konnte man sich im größten Land der Welt überall verständigen.


Mit der Unabhängigkeit von der Noch-UdSSR, die von der Mehrzahl der Kasachstaner weder erstrebt noch begrüßt worden war, übernahmen faktisch die Kasachen die Macht über die Kasachstaner. Das war kein Staatsstreich, denn die Kasachen besaßen schon zur Sowjetzeit – obwohl sie mit etwa 40 Prozent zwar die stärkste, aber auch nur Minderheit waren – die meisten führenden Positionen wie z. B. die des Ersten KP-Sekretärs, des Ministerpräsidenten, Ministerposten usw. Staatspräsident Nursultan Nasarbajew schwebte unter den neuen Bedingungen die Schaffung einer kasachstanischen Nation vor. Unter Kasachstaner versteht man alle hier lebenden Nationalitäten einschließlich der Kasachen, Russen, Ukrainer, Uiguren usw. als Staatsbürger Kasachstans. Das war von der Idee her richtig und auch notwendig. Zugleich propagierte er aber die Kasachisierung des Landes, um den zwar nicht mächtigen, doch im Süden einflussreichen Nationalisten entgegenzukommen. Damit war die gute Idee eigentlich entwertet. Daraufhin verließen Millionen Nichtkasachen – darunter fast alle Russlanddeutschen – das Land. Dadurch ist inzwischen der Anteil der Kasachen an der Gesamtbevölkerung Kasachstans auf etwa 57 Prozent angewachsen, doch sie haben nach eigenen Angaben 71 Prozent aller relevanten Machtpositionen besetzt. Ziel der Kasachisierung ist die Annahme der kasachischen Kultur und Geschichte nicht nur durch die Nichtkasachen, sondern auch durch einen großen Teil der Kasachen, die sich zur russischen Kultur hingezogen fühlte. Inzwischen ist Kasachisch Pflichtfach in den Schulen, die Zahl der Russischstunden wurde reduziert,





kasachische Geschichte wird vermittelt und die Hälfte der Fernsehsendungen ist auf Kasachisch. Im nächsten Schuljahr wird die Zahl der Kasachisch-Pflichtstunden in den Schulen erhöht. Ein sinnloses Unterfangen, denn noch nie hat man mehr oder lieber gelernt, nur weil die Stundenzahl erhöht wurde. Einige sowjetische Filme werden auf Kasachisch gesprochen, was als lächerlich empfunden wird, da jeder Russisch versteht. Insgesamt wurde viel Geld dafür ausgegeben, Kasachisch zu vermitteln. Offensichtlich mit wenig Erfolg.

US-Amerikanern, die hierher kommen, wurde zu-
meist empfohlen, Kasachisch als erste Sprache zu lernen. Eine Fehlinvestition, denn fast jeder in Kasachstan kann Russisch und die meisten sprechen es auch – und es sieht nicht danach aus, als ob sich das ändern würde. Im BRD-Handbuch für Manager (2006) wird Russisch als Hauptsprache angegeben, mit Kasachisch hingegen könne man – allerdings nur bei Kasachen – zusätzlich Eindruck machen. Offensichtlich ist die Konzeption von Kasachisch als Staatssprache in der Praxis gescheitert. Das war vorherzusehen und die Verfechter der Kasachisierung hätten gut daran getan, sich vorher in der Welt umzusehen. Kaum eine der Eingeborenensprachen konnte sich gegen Englisch, Französisch, Portugiesisch oder Spanisch durchsetzen. Russisch ist heute nicht nur eine Weltsprache, die inzwischen auch wieder in China eine Verbreitungsrenaissance erlebt, sondern auch Regionalsprache, mit der man nicht nur in Mittelasien immer gut vorankommt. Selbst Staatspräsident Nasarbajew spricht im Ausland Russisch. Daher gibt es auch Anzeichen dafür, hinsichtlich des Russischen den Status quo anzuerkennen und die sprachliche Kasachisierung nicht mehr so zu forcieren.

Die ungebrochene Dominanz der russischen Sprache ist nicht nur kasachischen Nationalisten, sondern auch



Amerikanern und EU-Europäern ein Dorn im Auge, denn Sprache heißt auch Einfluss. Wer Russisch kann, sieht auch russisches Fernsehen, hört russisches Radio und liest russische Zeitungen. Die Kasachstaner richten auch heute noch ihre Augen und Ohren immer mehr nach Moskau als nach Astana. Was von dort kommt, hat immer noch erhebliche Bedeutung und man fühlt sich mit dem, was in Russland passiert, immer noch verbunden. Wer es sich leisten kann, studiert in St. Petersburg, Moskau oder anderswo in Russland. Nicht die amerikanischen Filme sind die Straßenfeger in Kasachstan, sondern die ausgezeichneten sowjetischen Filme und Serien der 50er- bis 70er-Jahre. Und wenn die auch heute noch sehr attraktive und bekannteste kasachische Sängerin Rosa Rymbajewa bei überfülltem Hause in Russland sagt, dass es eigentlich schade sei, dass man nicht mehr zusammen sei, wo man doch eine gemeinsame Geschichte gehabt habe, so findet das nicht nur den Beifall der Russen. Zumeist ist also nicht Russisch die zweite Landessprache (sogenannte Verkehrssprache) sondern Kasachisch.




Lieber Kasachisch als Russisch sprechen nicht nur die meisten südkasachischen Dorfbewohner, sondern auch viele Unausgebildete, Arbeitslose und nicht zuletzt Abenteuerer, die den Dörfern den Rücken zugekehrt haben, in den großen Städten ihre Zukunft suchen und nicht wählerisch bei der Annahme von Arbeit sein dürfen. Jene Kasachen bilden selbst unter den Kasachen eine Randgruppe. Doch sie nimmt zu und bildet das potenzielle Fußvolk der von den Amerikanern unterstützten Nationalisten und der Kräfte, die gern die gut bezahlten Stellungen der „Russischsprachigen“ oder „Russischdenkenden“ einnehmen wollen. Die Frage „Russisch oder Kasachisch?“ kann sich daher jederzeit zu einen gefährlichen Politikum entwickeln.

15. Tag des Sieges in Kasachstan

Zu meinen schönsten Eindrücken gehört der Tag des Sieges über den Faschismus. Schon im Vorfeld und erst an jenem Tag selbst hatte man das Gefühl, wieder in der Sowjetunion zu sein. Da der 9. Mai offizieller Feiertag ist, gab es an diesem Tag keine Schule. In allen Schulen des Landes hingegen wurde am Vortag von Lehrern, Schülern und Kriegsveteranen feierlich jenes großen Sieges gedacht. Ich habe diesen Feiertag in Kasachstan zweimal miterlebt, war davon sehr ergriffen und den Tränen nahe. Unter der bewährten Leitung unserer kasachischen Geschichtslehrerin, die als mitreisende Ehefrau eines Sowjetoffiziers Jahre in der DDR verbracht hatte, wurde die Festveranstaltung eröffnet. Vorher wurde ein Umzug durch das Wohngebiet gemacht, wo mit selbst gefertigten Plakaten und Transparenten die Friedensliebe der kasachstanischen Schüler bekundet wurde.


An der Tribüne hatten sich mithilfe von ausgesuchten Schülern Kriegsveteranen niedergelassen. Es war bedrückend, feststellen zu müssen, dass jedes Mal weniger von ihnen anwesend sein konnten. In jedem Jahr starb etwa ein Drittel derer, die beim letzten Mal noch anwesend gewesen waren. Und den jetzt Anwesenden war anzusehen, dass auch sie in Bälde damit rechneten zu sterben, und so wurde dieser feierliche Appell womöglich ihr letzter offizieller Auftritt. Dem war auch die Veranstaltung angepasst.

Nachdem die Schuldirektorin, eine Koreanerin, den hohen persönlichen Einsatz jener alten Männer und Frauen und die Bedeutung jenes Sieges gewürdigt hatte, verbeugte sie sich tief vor ihnen. Dann folgten Lieder, Rezitationen, Tänze und ein Vorbeimarsch einer uni-





formierten Gruppe der oberen Klassen, die gerade ihre vormilitärische Ausbildung absolvierten. Dann ergriff ein noch rüstiger Veteran das Wort. Nach seiner kurzen Rede sang er das Lied vom blauen Taschentuch, zu jener Zeit ein bei den Rotarmisten und den anderen Sowjetbürgern besonders beliebtes Lied. Die etwa eintausend Kinder und Jugendlichen waren ganz still und ergriffen, keiner lachte oder machte dumme Bemerkungen. Anschließend tanzten etwa 10 Schülerpaare nach einem nun in Neuauflage von Kristina Orbakajtje gesungenen Lied aus jenen Tagen und empfanden so die Stimmung nach, die nach jenem höchst opferreichen Krieg die Menschen im befreiten Europa überall zum Tanzen brachte. Dieses Mal wollte ich jenen Menschen, die auch für unsere Befreiung gekämpft hatten, meinen persönlichen Dank aussprechen. Ich war schon bei den Veteranen, die von Schülern nun zu einem Empfang geleitet werden sollten, doch Ergriffenheit ließ mir die Stimme versagen. So konnte ich nur noch ein Foto von ihnen machen. Als ich dann nach Hause ging, war ich böse auf mich. Nun, da ich in zwei Monaten Kasachstan verlassen sollte, hatte ich es wieder nicht fertiggebracht, ihnen ein paar nette Worte zu sagen. Es hätte ihnen gewiss viel gegeben, wenn gerade ein Deutscher aus der untergegangenen DDR ihnen zu ihrem und letztlich auch unserem Sieg gratuliert hätte.

Schon eine Woche vorher, eigentlich seit dem 1. Mai, hatten die russischen und kasachstanischen Medien die Bevölkerung auf dieses Ereignis vorbereitet. Jeden Tag wurden zu jeder Tages- und Nachtzeit sowjetische Kriegsfilme eingespielt, Interviews mit Veteranen und Spezialeinsendungen gegeben. Auch im Radio waren die alten Lieder aus jenen Jahren zu hören. Straßen und öffentliche Gebäude wurden mit Fahnen und Emblemen des Sieges geschmückt. Dann war es soweit. Überall auf den Stra-



ßen bekamen Kriegsteilnehmer in Sonntagsstaat und mit ihren Auszeichnungen spontan von den Passanten Glückwünsche und oft von den Kindern einzelne Blumen.

Zentrum der Feierlichkeiten war der Panfilow-Park im Zentrum von Almaty. Der Held der Sowjetunion General Iwan Panfilow, selbst aus Almaty, hatte die kasachstanischen Rotarmisten befehligt, die im Winter 1941 vor Moskau unter großen Verlusten den Nazis trotzten, sie aufhielten und zurückwarfen. Der Generalmajor fiel selbst bei diesen blutigen Kämpfen. Diesen Taten ist ein gewaltiges Monument geweiht worden, das darstellt, wie die Kasachstaner mit ihren Körpern die sowjetische Hauptstadt schützten. Zehntausende von Almatynern aller Altersgruppen legten an der langen Grabtafel Blumen nieder. Hunderte von Veteranen aller Nationalitäten – teilweise in Uniform – erwiesen ihren gefallenen Genossen die Ehre. Den meisten war anzusehen, dass es ihnen recht naheging. Viele hatten kleine Kinder an der Hand, denen sie von jenen und von sich berichteten. Die Grabplatte war dermaßen von Blumen übersät, dass sie nicht mehr zu sehen war. Den größten Eindruck machte auf mich, dass trotz des Untergangs der Sowjetunion an dieser Tradition festgehalten wurde.







Detlef Joseph

VOM ANGEBLICHEN ANTISEMITISMUS DER DDR

1992 stellte der SPIEGEL nach einer Umfrage fest: „Daß unter den Ostdeutschen weit weniger Antisemiten zu finden sind als unter den Westdeutschen, [...]. Durchgängig äußern sich Ostdeutsche weniger antisemitisch, rechtsradikal und ausländerfeindlich als die Westdeutschen.“

Heute, 15. Jahre später, wird wiederholt der Antisemitismusvorwurf gegen die DDR laut, eine von Anetta Kahane initiierte und von Jugendlichen erarbeitete Wanderausstellung „Das hat´s bei uns nicht gegeben. Antisemitismus in der DDR“ reist durchs Land. Von den Mainstream-Medien hochgejubelt, ist die Ausstellung dagegen unter Kennern der DDR-Geschichte höchst umstritten. Detlef Joseph, der sich mit diesem Büchlein zu Wort meldet, fand Erstaunliches heraus, stellt richtig, regt zum Nachdenken an.

*ISBN 978-3-89706-401-0, 110 S., Taschenbuch, € 7,50, Format: 11,5 x 19,
COMPACT Nr. 1*



Siegfried Prokop

DIE BERLINER MAUER (1961-1989) Fakten, Hintergründe, Probleme

Mit Blick auf die nächsten Ereignisse soll in diesem Band an einige Fakten und Zusammenhänge erinnert werden, die vom heutigen Zeitgeist gern ausgeblendet werden. Gerade im Hinblick auf die innere deutsche Einheit, die wegen der fortgesetzten Pflege von Mentalitäten aus der Zeit des Kalten Krieges nicht so recht vorankommt, scheint das Bemühen um eine Auseinandersetzung mit der Geschichte, wie sie wirklich verlaufen ist, sinnvoll.

*ISBN 978-3-89706-404-1, 104 S., Taschenbuch, € 7,50, Format: 11,5 x 19
COMPACT Nr. 4*



Holger Michael

ZWISCHEN DAVIDSTERN UND ROTER FAHNE Juden in Polen um XX. Jahrhundert

Hier geht es nicht um ihre Leidensgeschichte im III. Reich und um die Praktiken des Holocaust. Das ist inzwischen hinreichend bekannt und setzt der Autor bei seinem interessierten Leser voraus. Es werden vielmehr Tatsachen gebracht, die bisher nicht nur dem deutschsprachigen Leser verschlossen blieben. Daher konzentriert sich der Autor in seiner Darstellung vor allem auf die Zeit vor und nach der Vernichtung der polnischen Juden, auf Dinge, die weitgehend unbekannt sein dürften.

Wussten Sie, dass es in Polen das größte jüdische Bevölkerungszentrum der Welt außerhalb Palästinas war, hier faktisch lange vor der Existenz Israels eine Art jüdisches Gemeinwesen lebte, dass in Zwischenkriegspolen fast alle politischen Parteien entstanden und handelten, die später das Schicksal Israels bestimmten? Ist Ihnen bekannt, dass es in Polen nach Palästina die meisten jüdischen Kultstätten gab, aber auch die größte jüdische Grabstätte, dass 1939 in Warschau mehr Juden lebten als in Jerusalem, Haifa oder Tel Aviv und dass Warschau und Wilno nach Jerusalem die bedeutendsten Kulturzentren der Welt waren?

So viele Fakten, Fragen, Widersprüche und Ungereimtheiten, auf die der Autor in der vorliegenden Arbeit Antworten zu geben versuchen wird. Der Zeitraum der Darstellung umfasst nur ein aber das ausschlaggebendste Jahrhundert jüdischer Geschichte in Polen. Es ist das Endkapitel der Geschichte eines Volkes, das es heute dort nicht mehr gibt. Zugleich ist es Teil der Geschichte unseres Nachbarlandes in der Zeit seiner wohl bisher dramatischsten und interessantesten Entwicklung.

Die vorliegende Darstellung ist das Produkt jahrelanger Forschungsarbeit. Hierbei konnte auf die vor allem seit 1990 in Polen erschienenen Publikationen zurückgegriffen werden. Natürlich konnte diese Problematik hier nicht umfassend dargestellt werden. Das war auch nicht geplant. Vielmehr geht es darum, dem deutschsprachigen Leser einen informativen Überblick zu einer bisher größtenteils unbekanntem Problematik zu vermitteln.

*ISBN 3-89706-865-6, Hardcover, € 19,90, Format: 13,5 x 21
Edition Zeitgeschichte Band 29*